

5. Populismustheorie in gesellschaftskritischer Perspektive

Die vorausgehende Untersuchung gegenwärtiger Populismustheorien hat für jede von ihnen Stärken, aber auch verschiedene Probleme und Leerstellen herausgearbeitet. Im Folgenden soll ermittelt werden, inwiefern *ideational approach*, Cleavage-Theorien und radikaldemokratische Theorien die wichtigsten dieser Probleme in wechselseitiger Aufklärung beheben, Stärken bewahren und Leerstellen durch Ergänzung füllen können. Dort, wo die gemeinsamen Probleme der drei untersuchten Strömungen einen theoretischen Fortschritt blockieren, werden Modelle gesellschaftskritischer Autoritarismustheorien herangezogen, um zu reflektieren und weiterzudenken. Denn es wird sich zeigen, dass gerade hinsichtlich der Funktion autoritärer Ideologie in populistischen Parteien verkürzte Perspektiven vorliegen, die auch zusammengenommen bestimmte Probleme nicht überwinden. Mit den gesellschaftskritischen Modellen soll ein dreidimensionaler Begriff autoritärer Ideologie skizziert werden, der es erlaubt, die untersuchten Populismustheorien zu einem stimmigeren Bild anzuordnen und Desiderate auszuloten. Sie sollen einige Grenzen der gegenwärtigen Theorien aufzeigen und reflektieren, ohne aber deren Ergebnisse einfach zu negieren. Diese Reflexion beansprucht keine bruchlose Integration der gegenwärtigen Theorien, sondern will Vorschläge in Richtung eines angemessen relationierenden Modells unterbreiten.

Die untersuchten Theorien geben uns für den Blick auf das Phänomen »Populismus« nicht nur verschiedene Antworten auf dieselben Fragen, sondern stellen auch unterschiedliche Fragen als die wesentlichen heraus. Der *ideational approach* fragt klassifikatorisch: *Was ist Populismus?* Und antwortet: eine weitverbreitete anti-elitäre, volkssouveränistische Ideologie, die den politischen Grundkonflikt in der angeblichen Unterdrückung des moralisch guten, homogenen Volkes durch korrupte, ebenso homogene Eliten sieht. Der zunehmende Erfolg vor allem populistischer rechter Parteien erklärt sich hier aus ihren mehr oder weniger gelungenen ideologischen Positionierungen im Rahmen der Opportunitätsstrukturen demokratischer politischer Systeme.

Die Cleavage-Theorien fragen dagegen soziologisch: *Welche Veränderungen sozialer Konflikte machen populistische Parteien elektoral erfolgreich?* Die Antwort sehen

sie entweder in einem globalen Wertewandel oder ökonomischen Globalisierungsschocks, die sich jeweils in massenhaften Veränderungen individueller Einstellungen niederschlagen und so die Wahl populistischer Parteien begünstigen. Was Populismus aber ist, bleibt dabei zweitrangig und wird uneinheitlich beantwortet. Sie sprechen entweder von einer anti-elitären, auf Volkssouveränität fokussierten, bloßen Rhetorik, oder von neuen Parteien, die tatsächlich gegen die jeweilige nationale Elite kämpfen.

Die Radikaldemokratie schließlich will analytisch klären: *Wie funktioniert Populismus in Demokratien?* Sie betrachten Populismus als eine strukturelle Dimension jeder modernen Demokratie, die im Prinzip jederzeit durch polarisierende politisch-diskursive Grenzziehungen mobilisiert werden kann. Die Frage, *warum* populistische Parteien in den letzten Jahrzehnten erfolgreicher mobilisieren konnten, lehnen sie vor diesem Hintergrund entweder als funktionalistisch ab oder verweisen allgemein auf Widerstand gegen soziale Veränderungen und die zunehmende post-politische Konsenspolitik der Mainstream-Parteien in der Post-Demokratie.

Diese unterschiedlichen Fragestellungen lassen es auf den ersten Blick denkbar scheinen, die Theorien könnten einander ergänzen. Tatsächlich widerspricht etwa Muddes Definition von Populismus als »dünner Ideologie« nicht den verschiedenen Thesen darüber, welche Konfliktlinien ein solches politisches Angebot vermehrt Zuspruch finden lassen. Beides könnte sich in einem Modell von politischem Angebot und politischer Nachfrage komplementieren. Auch zwischen den konkurrierenden Cleavage-Theorien ist etwas gemeinsamer Boden auszumachen. Die zunehmende Polarisierung entlang sich wandelnder kultureller Werte könnte als übergeordnete, langfristige Verschiebung gesellschaftlicher Konfliktlinien betrachtet werden, in der dennoch auch – und kurzfristig ausschlaggebend – verschiedene ökonomische Verwerfungen durch die Globalisierung zum Ausdruck kommen.

Bei näherem Hinsehen wird jedoch klar, dass die Differenzen zwischen den Theorien solch einer Kombinatorik enge Grenzen setzen. Die Kritiken aneinander führen nicht auf eine einfach zu bewerkstelligende Integration der Perspektiven, sondern lassen eine Reflexion der gesellschaftstheoretischen Grundannahmen nötig erscheinen. Während etwa der *ideational approach* die von ihm herausgearbeiteten Ideologeelemente für populistische Parteien unabhängig von ihrem sozialen und historischen Kontext als handlungsleitend betrachtet, sehen die Cleavage-Theorien in ihnen nebensächliche diskursive Vehikel, die Parteien lediglich benutzen, um soziale Antagonismen zu mobilisieren. Erst recht fügt die Radikaldemokratie sich nicht in ein wie auch immer erweitertes Angebot-Nachfrage-Modell. Ihr zentraler Beitrag ist es gerade, politische Identitäten und ihren Wandel als Ergebnis genuin politischer Konstruktionen herauszustellen – die zwar stets von sozialen Forderungen ausgehen, aber letztlich einer eigenen, diskursiven Logik folgen. Damit stellt sie sich quer zur impliziten sozialwissenschaftlichen Vorstellung einer Abhängigkeit politischer Phänomene von vorausgesetzten sozialen Bedingungen,

sei es in Form eines naturwüchsigen Wertewandels oder politisch-ökonomischer Verschiebungen. Ihr zu Folge ist es durchaus offen, wie politisches Angebot und politische Nachfrage miteinander zusammenhängen und wie unmittelbar beide auf gesellschaftliche Verhältnisse verweisen – beziehungsweise, ob es diese *vor* der Politik überhaupt gibt. Diese Kritik ernst zu nehmen bedeutet nicht zwangsläufig, wie teilweise in der Radikaldemokratie selbst, die Sinnhaftigkeit quantitativ-empirischer Forschungsergebnisse zum Populismus prinzipiell zu bezweifeln, wohl aber ihre Interpretation zu hinterfragen. Denn die Radikaldemokratie fördert einen wunden Punkt der sozialwissenschaftlichen Populismusforschung zutage, der auch schon in den Überlegungen Dani Rodriks zu einer Theorie der »ideational politics« sichtbar wurde. Je direkter Wahlergebnisse populistischer Parteien auf bestimmbare Einstellungen oder Interessen der Wähler*innen zurückgeführt werden, desto weniger kommen politische Repräsentation, Beeinflussung und Manipulation in den Blick.

Die Probleme der verschiedenen Ansätze bündeln sich gerade in diesem Zusammenhang von sozialer Struktur, politischer Nachfrage und politischem Angebot beziehungsweise der Rolle von Ideologie, insbesondere autoritärer Ideologie. Die Theorien folgen dort subdisziplinären Festlegungen aus der Parteienforschung, der politischen Kulturforschung, der politischen Ökonomie und der politischen Philosophie, die größtenteils kaum an den Gegenstand »Populismus« oder »populistische Parteien« angepasst sind. Daher rühren die dargestellten Probleme, autoritäre Ideologie in ihre Modelle einzuordnen.

Den *ideational approach* hemmt sein entgrenzter Ideologiebegriff, der von den gesellschaftlichen Macht- und Herrschaftsverhältnissen abstrahiert, in denen populistische Ideologie verbreitet und rezipiert wird. Darüber verschwimmen auch die verschiedenen ideologischen Funktionsweisen und gesellschaftlichen Wirkungen rechter und linker populistischer Parteien. Die Cleavage-Theorien bleiben dem Primat sozialen Wandels verhaftet, dem zu Folge politische Entwicklungen letztlich nur vorausgehenden sozialen Veränderungen Ausdruck verleihen. Ökonomische und kulturelle Konflikte können sie mit diesem engen Begriff von Politik nicht als ineinander verschränkt begreifen. Demgegenüber krankt der radikaldemokratische Vorschlag an einem entgrenzten Politikbegriff, dem soziale Verhältnisse zum alleinigen Produkt demokratischer Diskurse werden. Aufgrund dieser Ontologie der Politik hat die radikaldemokratische Theorie keinerlei Interesse oder Wahrnehmung für die Gefahren autoritärer Mobilisierung.

Die verschiedenen Fragen und Antworten der Populismustheorien beschreiben also nicht einfach komplementäre Aspekte der Wirklichkeit, sondern müssen erst in einen schlüssigen gesellschaftstheoretischen Zusammenhang gebracht werden – der sie aber wiederum auch verändern wird. Die Frage lautet also: Welche Rolle können sie jeweils in einem solchen Zusammenhang spielen?

Eine solche, gesellschaftstheoretisch reflektierte Perspektive auf den Populismus muss der Eigenart ihres Gegenstandes Rechnung tragen. Obwohl Populismus in den Bereich der Politik und des Politischen, also der Herrschaft, fällt, und darüber hinaus heute überwiegend mit autoritärer Ideologie einhergeht, sind die gegenwärtigen Populismustheorien weitgehend herrschaftsblind. Ihre Modelle zum Zusammenhang von sozialer Struktur, Politik und Ideologie nehmen die gegebenen politischen Institutionen, die vorhandenen Einstellungen und die beobachtbaren sozialen Entwicklungen zumeist unmittelbar deskriptiv und scheinbar normativ enthalten zum Ausgangspunkt, ohne die zwischen und in ihnen wirkenden, von Herrschaft durchzogenen Funktionszusammenhänge und Handlungsmotive zu hinterfragen.

Demgegenüber versuchen kritische Theorien, diese getrennten Erscheinungen als herrschaftsförmig aufeinander bezogen zu denken und noch den Anschein ihrer Getrenntheit zum Gegenstand der Erklärung zu machen. Exemplarisch wurde das in Unterkapitel 4.1.3 mit Heide Gerstenberger gezeigt. Ihre Kritik der – realen und wissenschaftlichen – Aufspaltung von politischer und sozialer Sphäre in bürgerlichen Gesellschaften reflektiert das Getrennte als zugleich durch gesellschaftliche Herrschaftsverhältnisse verbunden und seine Getrenntheit als Produkt und Moment dieser spezifischen Verhältnisse.

Im Folgenden sollen einschlägige Modelle solcher gesellschaftskritischer Autoritarismustheorien auf die Probleme der gegenwärtigen Populismustheorien antworten. Konkret sind hier zwei Traditionen kritischer Theorie angesprochen, die sich intensiv mit der Rolle autoritärer Ideologie in demokratischen Gesellschaften befasst haben: erstens die am frühen Frankfurter Institut für Sozialforschung entwickelte Kritische Theorie, vor allem Überlegungen zum Autoritarismus von Theodor W. Adorno, Max Horkheimer und Leo Löwenthal, zweitens marxistische Arbeiten in Anschluss an Antonio Gramsci, vor allem Texte Stuart Halls zum autoritären Populismus. Wie können sie helfen, die im Laufe der vorangegangenen Kapitel herausgearbeiteten Kernprobleme gegenwärtiger Populismustheorien zu reflektieren?

5.1 Modelle gesellschaftskritischer Theorien autoritärer Ideologie

Obwohl die Kritische Theorie und der (Neo-)Gramscianismus vollständig unabhängig voneinander entwickelt wurden und gewichtige Differenzen aufweisen, sprechen einige Gründe dafür, sie hier gemeinsam zu befragen. Grundsätzlich verstehen beide ihre theoretische Praxis als Mitarbeit an der Demokratisierung aller gesellschaftlichen Verhältnisse und der Überwindung herrschaftsförmiger Vergesellschaftung. Sie beteiligen sich also durchaus bewusst an einem politischen Veränderungsprozess, ohne diese Parteilichkeit endgültig normativ absichern zu können, aber auch ohne den Anspruch auf Objektivität aufzugeben. Beide stehen in einer

Tradition marxistischer Gesellschaftskritik, formulieren aber weitreichende Kritiken und Korrekturen am orthodoxen Marxismus. Sie verwehren sich gegen den fatalen Ökonomismus und Fortschrittsoptimismus, wie er sich im Marxismus-Leninismus der Sowjetunion und ihrer westlichen Apologet*innen entwickelte (vgl. Buckel/Martin 2019: 262). Stattdessen fragen sie, gerade angesichts autoritärer Parteien und Bewegungen mit Zuspruch der Massen, wie in kapitalistischen Demokratien die Integration der Bevölkerung, insbesondere der Arbeiter*innenklasse, in bürgerliche Herrschaftsverhältnisse organisiert wird. Angesichts des historischen Wandels westlicher Gesellschaften im und nach dem Zweiten Weltkrieg verändern sie die gesellschaftskritische Theoriebildung: Verringertes Klassenbewusstsein, neue Formen des Massenkonsums, die Kulturindustrie, Ideologie und Agitation stehen für beide im Mittelpunkt.

Trotz wesentlicher Differenzen teilen sie eine grundsätzliche Kritik an objektivistischen (d.h. Ideologien als Überbauten der ökonomischen Basis betrachten) sowie subjektivistischen (d.h. Ideologie als willkürliche Rechtfertigung des eigenen Tuns denkenden) Ideologietheorien. Beiden Strömungen kritischer Theorie ist die sprachphilosophische Annahme gemeinsam, dass keine dichotome Unterscheidung von Praxis und Ideologie möglich ist. Vielmehr ist jede Praxis diskursiv strukturiert, umgekehrt sind Produktion und Rezeption von Ideologie selbst Praxen. Damit zusammenhängend reflektieren beide auch die sozialwissenschaftliche Trennung subjektiver Erfahrung und objektiver gesellschaftlicher Prozesse. Sowohl Adorno, Horkheimer und Löwenthal als auch Hall bemühen sich um eine Verbindung von Psychoanalyse und Gesellschaftstheorie. Vorurteile und autoritäre Ideologie tun sie aus dieser Perspektive nicht von vornherein als das Unnormale, Abweichende ab. Sondern sie versuchen, wenngleich unterschiedlich, die Irrationalität der Einzelnen mit der Irrationalität gesellschaftlicher Verhältnisse in Verbindung zu bringen.

Beide analysieren autoritäre Bewegungen in der Demokratie zudem mit Blick auf den historischen Faschismus, einmal aus zeitgenössischer, einmal aus rückblickender Perspektive. Während die Studien der Frankfurter Kritischen Theorie zu rechter Demagogie und autoritären Charakterstrukturen vor allem die Vereinigten Staaten der 1940er-Jahre und die BRD in den 1950ern analysierten, entwickelte Stuart Hall seinen Begriff des autoritären Populismus angesichts des Thatcherismus im Großbritannien der 1980er-Jahre.

Nicht zuletzt teilen sie in der Form bis zu einem gewissen Grade eine fragmentarische, offene Art des Theoretisierens. Diese Absage an allumfassende, systemische Theoriegebäude drückt ein Bewusstsein für die historische Spezifik und Zeitgebundenheit von Denken und Kritik aus. Dementsprechend können und sollen ihre Modelle hier nicht einfach übernommen oder gar als identisch ausgewiesen werden, sondern unter diesem Vorbehalt auf ihre Vereinbarkeit und Brauchbarkeit für die gegenwärtige Populismustheorie befragt werden. Ihr Selbstverständnis als *kritische*

Theorien, also als bewusster Teil politischer Veränderung, bildet dabei eine zweite Grenze der Kombinierbarkeit mit gegenwärtigen sozialwissenschaftlichen Theorien, die zu reflektieren ist.

5.1.1 Vom positivistischen zu einem kritischen, dreidimensionalen Ideologiebegriff

Als ein zentrales Problem des *ideational approach*, aber auch der Cleavage-Theorien, wurde ihr positivistischer Ideologiebegriff benannt. Wie in Unterkapitel 2.1.1 gezeigt verdeckt die Ausdehnung des Begriffs »Ideologie« auf jedwede Interpretation der sozialen Welt die Frage, inwiefern eine bestimmte, hier die populistische Ideologie die gesellschaftliche Realität falsch darstellt und welche Funktion diese Verzerrung erfüllt. Ernesto Laclaus frühe Analysen des ideologischen Kampfes als Teil des Klassenkampfes boten zur Frage der Funktion bereits einen, wenngleich unbefriedigenden Ansatzpunkt: Die Anrufung des »Volkes« oder der Volkssouveränität ist nicht einer Seite im Klassenkampf vorbehalten, vielmehr müssen alle Klassen populäre Anrufungen in ihre Diskurse integrieren, wenn sie politische Hegemonie erringen wollen. Jedoch setzte Laclau dabei voraus, dass Ideologeelemente keine eigene politische Bedeutung haben, sondern diese allein von ihrer Rolle im Klassenkampf erhalten (siehe Abschnitte 4.2.1 und 4.2.3).

Stuart Hall greift nun den gramscianischen Begriff der Hegemonie auf und geht wie Laclau davon aus, dass politische Ideologien produziert und verbreitet werden, um Klasseninteressen mit einem zustimmenden Common Sense zu untermauern (vgl. Hall 1986). Sie versuchen also, bestimmte Herrschaftsansprüche oder -praktiken diskursiv abzusichern. Diese Verbindung zu Praktiken sollte der Ideologiebegriff auch in der Populismusforschung aufnehmen. Allerdings kann diese Verbindung weder, wie beim frühen Laclau, als bloße Indienstnahme von Ideologeelementen durch den Klassenkampf gedacht werden, noch als im Prinzip beliebige Formen durch (partei-)politische Artikulationen, wie es in Muddes *ideational approach* und auch beim späten Laclau formuliert ist. Hall weist dagegen darauf hin, dass Ideologeelemente zwar rekombinierbar sind, aber eben durch die Verbindung mit Praktiken bestimmter Klassen meist durchaus auf lange Zeit gestellt sind. Diese ideologischen Traditionen jedes Landes können eine beträchtliche konservative Kraft entfalten, die nicht unterschätzt werden darf. Die für die beherrschten Klassen eigentümlichen, wie Hall sagt: »populären Ideologien« (Hall 1986: 94) stellen daher für jedes politische Projekt gerade in Zeiten umstrittener Hegemonie eine strategisch wichtige Größe dar. Hall versucht also zu verstehen, wie populistische Diskurse genutzt werden, um in der beherrschten Bevölkerung Zustimmung zur Praxis der herrschenden Klassen zu organisieren. Dafür müssen die politischen Vertreter*innen der herrschenden Klasse gemäß seinem diskurstheoretischen Modell die stets disparaten und mehrdeutigen Elemente der Weltanschauung der beherrsch-

ten Klassen aufgreifen, voneinander lösen und gemäß ihren eigenen Interessen neu zusammensetzen oder anders gegeneinander gewichten. Hall spricht in diesem Zusammenhang von »Dekonstruktion« und »Rekonstruktion«. Entscheidend ist seine Beobachtung, dass die Rechte mit ihrem autoritären Populismus an bestimmte Aspekte populärer Ideologien anknüpfen muss und auch anknüpfen kann.¹ Den Thatcherismus sah er als von einer »populistischen Unterströmung« (Hall 2013b: 122) von unten angekündigt, die zum Beispiel verbreitete Ängste vor vermeintlich zunehmender Kriminalität und eine Ablehnung der neuen moralischen Permissivität in linken Gegenkulturen artikuliert und dagegen nach einer »Wiederherstellung der moralischen Prinzipien«, ja einer »Verteidigung der alten Ordnung« (Hall 1986: 93) rief. Überhaupt ist der populäre Alltagsverstand ausgesprochen moralisch strukturiert, er ist »tief durchdrungen von religiösen Begriffen von Gut und Böse, von festen Vorstellungen über den unveränderten und unveränderlichen Charakter der menschlichen Natur und von Vorstellungen einer gerechten Strafe« (ebd.: 99). Er teilt die »problematische soziale Realität in klare und unzweideutige moralische Gegensätze« (ebd.: 101).

Hall folgt hier Gramscis Begriff des *senso comune*, des Alltagsverstandes als ein widersprüchliches, im Fluss befindliches, chaotisches Aggregat von Begriffen, Prinzipien und Vorurteilen. Neben den konservativen und reaktionären Elementen finden sich in ihm durchaus auch progressive Einsprüche gegen »Ungerechtigkeit, Unterdrückung und Ausbeutung« (ebd.: 100). Dieser populäre Alltagsverstand ist aber in seiner jeweiligen Ausformung nicht eine bloße Ansammlung zufällig übernommener Einstellungen, sondern er erfüllt wiederum auch eine praktische Funktion: Laut Hall macht er »die Lebensbedingungen für die Massen verständlich« (ebd.: 94) und bietet, insbesondere in Krisenzeiten, »einen moralischen Bezugspunkt, der die Erfahrung zugleich aufgreift und in seinen wertenden Kategorien ordnet« (ebd.: 101). Die alltäglichen Ideologien haben also einen »wirklichen konkreten Zugriff auf die populären Erfahrungen der Arbeiterklasse« (ebd.: 102), sie artikulieren diese Erfahrungen in einer unmittelbar zugänglichen, moralisierenden Sprache und bieten so Orientierung.

Dabei geht es weniger um Orientierung in konkreten politischen Streitfragen, geschweige denn um Lösungsvorschläge, als um eine umfassende, identitätsstiftende Verortung im hierarchischen gesellschaftlichen Gefüge – oder, wie Hall sich aus-

1 Ein immer wichtiger werdendes Thema gegenwärtiger autoritär-populistischer Parteien ist die Erinnerungspolitik. Laut den Studien von Couperus et al. funktioniert die Anknüpfung an Traditionen hier nach dem selben Muster. Um die eigenen Ziele zu erreichen – darunter etwa »rehabilitating and glorifying ethno-national community models« (Couperus et al. 2023: 436) – wird seltener offener Geschichtsrevisionismus betrieben, sondern die eigenen Diskurse mit sorgfältig ausgewählten und bearbeiteten Referenzen versehen, die tatsächliche Ereignisse, verbreitete Vorstellungen über die jeweilige nationale Geschichte und neue Mythen miteinander verweben.

drückt: um eine Weise, gesellschaftliche Krisen zu *leben*. Moralischer Autoritarismus ist »one of the principal ways in which the dominated classes ›live‹ the crisis – as a disruption of ›traditional‹ ways of life, as a breakdown of the traditional landmarks and social values« (Hall 1980: 173).²

Rechte wie linke Hegemonieprojekte versuchen also, durch politische Intervention diesen Common Sense zu ihren Gunsten zu formen. Das bedeutet, dass auch Populismus von rechts populäre Ideologeelemente in Form tatsächlicher Deprivationserfahrungen aufgreifen und sich auf die Unzufriedenheit subalternen Klassen stützen kann. Aber er tut es eben in einer bestimmten Art und Weise: Für den Thatcherismus kam Hall zu dem Schluss, dieser habe die konservativen Elemente des Alltagsverständnisses »systematisch in eine autoritärere Richtung umgearbeitet« (Hall 1986: 102) und so ein Feld von Diskursen geschaffen, die die alltäglichen Erfahrungen der Bevölkerung mit den ökonomischen und monetaristischen Kernanliegen der Konservativen Partei verbanden. Er konstruierte etwa aus der Sorge um das Fortkommen der eigenen Kinder in einem auf Konkurrenz fußenden Bildungssystem die Figur der »besorgten Eltern«, die sich gegen permissive Lehrer und disziplinlose Schulen wehrten. Verbreitete Vorstellungen von Sparsamkeit, selbstständiger Tüchtigkeit sowie von mütterlicher Sorge mobilisierte er gegen den »verschwenderrischen« Wohlfahrtsstaat und streikende Gewerkschaften. Im Bereich des Rassismus verknüpfte er radikale Einwanderungsfeindlichkeit mit respektableren Schlagworten wie dem einer »nationalen Kultur« sowie der Drangsalierung einfacher Leute durch den Staat.

Diese Analyse konkreter Diskurse und ihrer Erfolgsbedingungen lässt sich zweifellos nicht ohne Weiteres auf die gegenwärtige populistische Rechte übertragen. Dennoch ist Halls hegemonietheoretischer Ideologiebegriff durchaus weiterhin produktiv. Benjamin Opratko etwa schlägt mit Hall zum Verständnis des gegenwärtigen autoritären Populismus vor, dass dieser »Teilen der Bevölkerung subjektive Formen anbietet, die gegenwärtige Hegemoniekrise des neoliberalen Kapitalismus zu leben. [...] Er bietet [...] eine Sprache an, um diese Widersprüche in Worte zu fassen, und ein Repertoire an Haltungen, um sie zu ertragen. Rechte Politik ist Subjektivierungsangebot: Sie fungiert als Affektableiter und Identitätsstifter qua Ausgrenzung« (Opratko 2017: 124). Der autoritäre Populismus ermöglicht es seinen Anhänger*innen also, gegenüber einer als krisenhaft und unbeständig erlebten Welt eine »Haltung trotziger Selbstbehauptung« (ebd.: 128) einzunehmen.

Alex Demirović zieht in einer Analyse beide praktischen Funktionen autoritärer populistischer Ideologie zusammen. Der gegenwärtige autoritäre Populismus in westlichen Demokratien ist demnach im Kern der Versuch einer Fraktion des Bürgertums, eine politische Krise zu überwinden. Eine Repräsentationskrise, vor al-

2 Die deutsche Übersetzung von 1986 ist an dieser Stelle irreführend, daher hier das englische Original.

lem in Form der zunehmenden Volatilität des Wahlverhaltens, erschwert es den bestimmenden politischen Parteien, in Präsidentschafts- und Parlamentswahlen zuverlässig Mehrheiten herbeizuführen. Um in den sich häufenden Pattsituationen zwischen Mitte-links und Mitte-rechts einen Vorteil zu erringen, zieht ein Teil des Bürgertums mithilfe des autoritären Populismus unzufriedene Teile der Beherrschten instrumentell auf seine Seite (vgl. Demirović 2018: 29).

Anders als Stuart Hall sieht Demirović im heutigen autoritären Populismus allerdings nicht mehr den Versuch, eine neue, umfassende Hegemonie herzustellen. Ihm zu Folge ist das Bürgertum in der gegenwärtigen Phase des Neoliberalismus gar nicht länger auf einen Kompromiss mit den beherrschten Klassen aus, sondern strebt eine »autoritär-plebiszitäre Führung ohne Konzessionen« (ebd.: 32) an. Das heißt die hegemoniale Einbindung ist nur mehr ideologisch, der Bevölkerung werden »Radikalität, Handlungsfähigkeit und Lösungen« (ebd.: 41) versprochen, die aber jenseits aller tatsächlichen Probleme liegen und sich stattdessen gegen Schwache und Minderheiten richten. Die Beherrschten greifen diese Versprechen trotzdem auf, da sie so eine radikale, aber zugleich konformistische Kritik an der politischen Perspektivlosigkeit äußern können, die weder überkommene subjektive Überzeugungen herausfordert, noch es riskiert, in einen wirklichen Gegensatz zur herrschenden Elite zu treten.

Wie zu erkennen ist, verlangt ein kritischer Begriff der Ideologie, der sie als eine gesellschaftliche Praxis versteht, sogleich nach einer Analyse gegenwärtiger Hegemonieverhältnisse und -kämpfe. In einer solchen Analyse könnte der von Norris und Inglehart beschriebene Wertewandel mit Stuart Hall als »Zerbrechen der traditionalistischen populären Ideologien« (Hall 1986: 93) verstanden werden. Breite Schichten verlieren den Glauben an ihre traditionellen Vorstellungen und orientieren sich neu. Statt aber wie Norris und Inglehart die Konfliktstellung zwischen Anhänger*innen materialistischer und postmaterialistischer Werte als zwangsläufige Folge einer sozialen Entwicklung abzuleiten, könnte ein kritischer Ideologiebegriff hier das politische Konstruieren, Zusammenfügen von disparaten Elementen in den Blick nehmen. Wie wurden und werden etwa Fragen der Sexualmoral, der Geschlechterordnung und des Klimaschutzes zu einer allgemeinen Krise der moralischen Ordnung verbunden und wie wird dieser moralische Bereich dann mit im engeren Sinne politischen Fragen verknüpft? Stuart Hall hat, wie der späte Ernesto Laclau, viel Energie drauf verwendet herauszuarbeiten, dass solche politischen Identitäten keine stabilen, gegebenen Einheiten sind, sondern durch machtvolle Repräsentation erst aus heterogenen, auch widersprüchlichen Diskursen hergestellt werden müssen. Über Laclau hinausgehend hat er dabei aber nicht aus dem Blick verloren, dass diese Repräsentation nicht als ein einseitiger Durchgriff in das Subjekt zu verstehen ist. Die beherrschten Subjekte müssen die angebotenen Identitäten auch ergreifen und sich aktiv in sie fügen. Politisch effektive Ideologie muss also sowohl auf der politischen Diskursebene funktionieren als auch auf der Ebene

»rudimentärer Triebe« (Hall 2004b: 171). Die machtvollen »Angebote« politischer Repräsentation passen nicht immer schon zu den subjektiven Bedürfnissen, sondern versuchen diese zu artikulieren und für sich einzuspannen. Subjekte und Diskurse sind einander nicht notwendige Entsprechungen, sondern stehen – im Erfolgsfall – in einem Verhältnis der »nicht notwendigen Entsprechung« (ebd.: 184).

Insgesamt kristallisieren sich für einen kritischen Ideologiebegriff also drei Dimensionen heraus: Erstens ist die Mobilisierung politischer Ideologie im Kern als Instrument zur Durchsetzung der konkurrierenden Interessen gesellschaftlicher Gruppen zu verstehen. Erfolg und Misserfolg dieser Mobilisierung hängen dabei wesentlich von den jeweils verfügbaren Ressourcen der Gruppen ab. Zweitens kommen der Ideologie zugleich von ihren massenhaften Rezipient*innen bestimmte, selbst gesellschaftlich geformte, subjektive Bedürfnisse und Empfänglichkeiten entgegen, die die parteiförmige Artikulation der Ideologie berücksichtigen muss. Drittens vollzieht sich der ideologische Kampf darüber hinaus auf einem historisch gewordenen, meist national spezifischen, diskursiven Terrain, das nicht beliebig überschreitbar ist.

Ein Mangel des gramscianischen Ideologiebegriffs ist es allerdings, dass er der Rolle der »rudimentären Triebe« beziehungsweise der subjektiven Empfänglichkeit gerade für autoritäre Ideologie wenig Aufmerksamkeit widmet. Für Gramsci selbst stand in der Ideologietheorie nicht die Kritik an autoritären Ressentiments und ihrer Beziehung zu repressiven gesellschaftlichen Verhältnissen im Mittelpunkt, sondern die Frage, wie ein kommunistisches Projekt der Gegenhegemonie einen erneuerten, aufgeklärten Alltagsverstand für die subalternen Klassen produzieren könnte. Die Möglichkeit dieser Aufklärung verbürgt für Gramsci vor allem der von ihm sogenannte »gesunde Menschenverstand«, das heißt der »gesunde Kern« (Gramsci 2017: 117) innerhalb des inkohärenten und konservativen Alltagsverstandes. Der Alltagsverstand ist für Gramsci nicht qualitativ vom kritischen Nachdenken geschieden, sondern als »Folklore der Philosophie« (ebd.: 137) nur quantitativ weniger durchgebildet. Er muss nicht in erster Linie polemisch attackiert und erschüttert, sondern erzieherisch geformt und kohärent gemacht werden, um ihn so auf das Niveau entwickelter Wissenschaft und Philosophie zu heben.

Wie Janne Mende herausgearbeitet hat, bedingt dieser strategisch-positive Bezug auf den gesunden Menschenverstand bei Gramsci eine nur sehr beiläufige Auseinandersetzung mit den massenhaft verbreiteten Ressentiments auch in den beherrschten Klassen. Ihm entgeht, dass mitunter reaktionäre Arbeiter*innen »nicht nur verblendet werden, sondern das Falsche selbst wollen« (Mende 2009: 121f.). Die Vorstellung, der populäre Alltagsverstand müsse nur systematisiert statt aufgeklärt werden, ignoriert die hegel-marxistische Erkenntnis, dass in vielen gesellschaftlichen Phänomenen Wesen und Erscheinung auseinanderfallen. Um das Wesen hinter der offenbaren Erscheinung – etwa die auf Ausbeutung beruhende kapitalisti-

sche Produktionsweise hinter der scheinbaren Herrschaft des Geldes oder der Profitgier – zu erkennen, muss eine kritische wissenschaftliche Reflexion zum Alltagsverstand hinzutreten. Auch autoritäre Ideologie, etwa in der Gestalt von Verschwörungstheorien oder antisemitischen Mythen, kann für sich genommen durchaus kohärent erscheinen (vgl. Mende 2009: 120). Dieses Auseinanderfallen von Wesen und Erscheinung ermöglicht etwa die schuldhaftige Personalisierung gesellschaftlicher Verhältnisse in der populistischen Ideologie.

Vor allem aber bleibt der bloße Verweis auf die Widersprüchlichkeit des Alltagsverstandes jede Erklärung schuldig, wie massenhafte autoritäre Ressentiments nicht nur als ideologische Traditionen fortexistieren, sondern sich trotz aller allgemeinen Hebung des Bildungsniveaus und auch entgegen dem offiziellen Zeitgeist immer wieder reproduzieren können. Erst in den letzten Jahren haben Forschungsarbeiten in gramscianischer Tradition begonnen, diese Leerstelle zu bearbeiten. Im Forschungsprojekt »Cultures of Rejection« prägte etwa Benjamin Opratko angelehnt an Stuart Hall den Begriff der »Ablehnungskulturen« für ein politisch-kulturelles Klima, das die erhebliche Akzeptanz autoritärer populistischer Ideologie erst ermöglicht. Diese Kultur entschlüsselt Opratko dabei wiederum als Verarbeitungsform »vielfältiger Transformations- und Krisenprozesse« (Opratko 2021: 179).

Die frühe Frankfurter Kritische Theorie, vor allem Theodor W. Adorno, entwickelte eine im Prinzip ähnliche dreidimensionale Theorie autoritärer Agitation, die aber genau den von Gramsci vernachlässigten Autoritarismus als sozialpsychologisches Massenphänomen von Anfang an mit in den Blick nimmt. Obwohl in den zentralen Studien zur *Authoritarian Personality* der Zusammenhang von Charakterstrukturen und Ideologie erforscht wird, ist sogleich festzuhalten, dass autoritäre Ideologie hier keineswegs auf ein psychologisches Phänomen reduziert wird. Adorno betont im Gegenteil ausdrücklich, dass es zum Begreifen antidemokratischer Trends zuerst des »Verständnis des gesellschaftlichen Ganzen« (Adorno et al. 1973: 9) bedarf. Autoritäre Demagogie ist zweckdienlich für die Durchsetzung der Interessen der Herrschenden und ihr Erfolg hängt auch für ihn in erster Linie von »mächtigen ökonomischen Interessengemeinschaften« (ebd.: 10) ab.

Sie stützt sich zweitens auf ein autoritäres »allgemeines kulturelles Klima« (Adorno 1973b: 176). Demnach haben in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts starke soziale Kontrolle, Kapitalkonzentration und der Einfluss der Massenmedien quer durch die Gesellschaft zu einer hochgradigen Standardisierung des Denkens³

3 Lars Rensmann gibt Hinweise darauf, dass trotz des Aufstiegs digitaler sozialer Medien, ihrer vordergründigen Meinungsvielfalt und den stark gesunkenen Zugangshürden auch heute die mediale Entwicklung durch Fragmentierung und Polarisierung Autoritarismus begünstigt (vgl. Rensmann 2017a: 129f.).

geführt. Sie findet Ausdruck in verbreiteten, potenziell faschistischen Denkmustern vor allem hinsichtlich politisch-ökonomischer Themen, die Adorno als das »ideologische Gesamtschema« (Adorno 1973b: 176) der US-amerikanischen Gesellschaft zum Untersuchungszeitpunkt 1945 bezeichnet. Darin sieht er, eher als in der Empfänglichkeit bestimmter autoritärer Charaktere für faschistische Propaganda, die Gefahr eines »Massenzustroms zu antidemokratischen Bewegungen« (ebd.).

Erst im Zusammenhang mit diesen gesellschaftlichen Bedingungen sind die allgemeinen wie die nach Charakteren verschiedenen sozialpsychologischen Mechanismen zu verstehen, die autoritärer Ideologie entgegenkommen. Lars Rensmann entwickelt anhand des Antisemitismus in der BRD mit dem Konzept der »politisch-kulturellen Gelegenheitsstrukturen« (Rensmann 2005: 22) ein Modell für eine gesellschaftstheoretisch reflektierte politische Kulturforschung, die solche übergreifenden Ideologeme als diskursive Handlungsbedingungen im Zusammenhang mit den politisch-systemischen Bedingungen für politische Akteure untersucht (vgl. ebd.: 211–215).

Aus der *Authoritarian Personality* sind für die Theorie gegenwärtiger populistischer autoritärer Ideologie vor allem einige der übergreifenden ideologischen Elemente sowie die allgemeinen sozialpsychologischen Mechanismen aufschlussreich. Sie stehen daher hier im Fokus. Der Blick auf autoritäre ideologische Schemata erweitert zum einen das positivistische Verständnis des *ideational approach*, der Ideologie als einen bloßen Zusammenhang bestimmter parteipolitischer Themen und Positionen begreift, denen aufseiten der Anhänger*innen gewisse Einstellungen entsprechen. Zum anderen erweitert er aber auch den gramscianischen Begriff des Alltagsverstandes insofern, dass nicht nur ideologische Traditionen und politische Repräsentation autoritäre Einstellungen erzeugen, sondern gewissermaßen die spätkapitalistischen gesellschaftlichen Verhältnisse selbst autoritären Denkweisen Vorschub leisten.

So begünstigt etwa das Element der weitverbreiteten *Unwissenheit und Konfusion* in politischen Fragen reaktionäre Einstellungen, da die autoritäre Demagogie immer auf die Unwissenden und Intellektuellenfeindlichen abstellt. Diese Ignoranz ist kein subjektiver Mangel an Denkfähigkeit, sondern spiegelt neben Bildungsunterschieden erstens die tatsächliche »Undurchsichtigkeit« (Adorno 1973b: 185) der spätkapitalistischen Verhältnisse wider, die nicht länger Fortschritt und Aufstieg versprechen können und sich gegen Kritik zu immunisieren versuchen. Zweitens steht hinter dem Wenig-Wissen oft eine grundsätzliche Identifikation mit der Welt, wie sie ist. Kritische Einsichten werden auch psychisch verdrängt, um diese Identifikation nicht zu gefährden. Drittens schließlich fällt die Beschäftigung mit politischen Fragen für die meisten Menschen in die Freizeit, wo sie als anstrengender und oft zäher Zeitvertreib gegenüber anderen Beschäftigungen enttäuschen muss (vgl. ebd.).

Die spätkapitalistischen Gesellschaften bringen zudem *Stereopathie* (d.h. zugespitztes stereotypes Denken) und *Personalisierung* hervor. Da unpersönliche Eigentumsverhältnisse das gesellschaftliche Leben beherrschen und die industrielle Standardisierung immer mehr Lebensbereiche vereinheitlicht, erscheinen den Unwissenden die spätkapitalistische Politik und Wirtschaft in Gänze als etwas »Entlegenes« (Adorno 1973b: 187), der eigenen Erfahrung Entzogenes, das zugleich aufs Tiefste in ihr individuelles Leben eingreift. Die daraus entstehende Furcht kann durch die beiden – laut Adorno aus der Kindheit stammenden – Hilfstechiken bewältigt werden. Stereotype wie die Dichotomien gut/böse oder wir/die anderen lassen das Chaotische berechenbar erscheinen, ohne es dabei wirklich zu begreifen. Ebenso erleichtert Personalisierung, also die Identifikation politischer oder ökonomischer Programme und Prozesse mit bestimmten politischen Persönlichkeiten, nur scheinbar die Orientierung, während sie in Wahrheit vor der wirklichen Entfremdung flüchtet, in der die Menschen zunehmend »bloße Anhängsel« (ebd.: 191) der objektiven Eigentumsverhältnisse und der Herrschaft der »Parteimaschinerie« (ebd.: 196) sind.

Ein Schema, das Adorno *Pseudokonservatismus* nennt, basiert wiederum auf der mit den übermächtigen Produktions- und Eigentumsverhältnissen einhergehenden ökonomischen Ungleichheit. Entgegen der offiziellen demokratischen Ideologie, der zufolge das politische System eine gerechte und freie Selbstregierung des Demos bereits oder doch annähernd verwirkliche, kann die formale Demokratie unter kapitalistischen Bedingungen nicht »die Befriedigung der elementarsten Wünsche und Bedürfnisse« (ebd.: 209) der breiten Bevölkerung garantieren. Dieser Widerspruch erzeugt Enttäuschung, die sich, wenn die ökonomischen Ursachen nicht erkannt werden, nicht gegen den Kapitalismus, sondern gegen die Demokratie selbst wenden kann. Dazu deuten Pseudokonservative traditionelle demokratische Ideen und Institutionen so um, dass sie – bewusst oder unbewusst – tatsächlich auf eine Zerstörung der Demokratie hinauslaufen. Die formale Demokratie erscheint ihnen volksfern und untauglich, auf angebliche Gefahren zu reagieren. Sie sollte – durchaus zum Wohle des Volkes, der Freiheit, der Gerechtigkeit – besser durch irgendein antiliberales, repressives »System der starken Hand« (ebd.: 208) ersetzt werden.

Diesem Gestus einer Verteidigung der Demokratie liegt ein Legitimitätsverständnis zugrunde, das Adorno als *Usurpatorkomplex* bezeichnet. Pseudokonservative spürten seiner Auffassung nach, dass in einer kapitalistischen Demokratie das Wohlergehen der Bevölkerung stärker von den Entscheidungen der Managements der Industrie abhängt als von der Wirkung politischer Vertreter*innen. Diese tatsächliche Unwahrheit der Idee der demokratischen Selbstregierung, den nur geringen Einfluss demokratischer Wahlen auf das eigene Leben, legen sie wiederum gegen die formale Demokratie selbst aus. Sie halten diejenigen, die über die Produktionsmittel verfügen, für die eigentlich rechtmäßigen Herrscher, nicht die bloß

durch Wahlen an die Macht gekommenen Abgeordneten. Progressive Regierungen wie damals diejenige Franklin D. Roosevelts werden daher beschuldigt, Staatspositionen zu Unrecht zu besetzen, also »diktatorisch« zu herrschen. In diesem Vorwurf spricht sich allerdings lediglich der eigene Wunsch der Pseudokonservativen aus, diktatorische Macht auszuüben (vgl. Adorno 1973b: 219). Für autoritär Denkende fallen letztlich die Gesetze des Marktes und der Konkurrenz mit den Gesetzen der Moral zusammen. Eingriffe progressiver Regierungen und von Gewerkschaften in das Wirtschaftsleben stellen sich ihnen als sachfremd und illegitim dar – nicht aber Monopole und Preisabsprachen. Sie identifizieren sich mit den Starken, das heißt mit der Industrie, deren Verfasstheit als natürlich und legitim gilt, während etwa organisierte Arbeiter*innen aus dieser Perspektive etwas beanspruchen, das ihnen nicht zusteht (vgl. ebd.: 252).

Diese verbreiteten autoritären Denkschemata verbinden bereits psychologische und soziologische Aspekte. Darüber hinaus bietet die Kritische Theorie auch eine im engeren Sinne sozialpsychologische Erklärung für die Manipulierbarkeit von Teilen der Gesellschaft durch autoritäre Demagogie – sogar entgegen den eigenen, soziologisch bestimmbaren, Interessen. Dabei stellt sie nicht feststehende sozialpsychologische Mechanismen unvermittelt den gesellschaftlichen Beziehungen gegenüber, wie es der *ideational approach* oder die Cleavage-Theorien in ihren gelegentlichen Verweisen tun. Vielmehr versucht sie nachzuvollziehen, wie die herrschaftsförmige soziale Ungleichheit in kapitalistischen Gesellschaften bis in das Innere der Subjekte hineinwirkt und dort die Empfänglichkeit für Propaganda erzeugt. Gestützt auf eine von Karl Marx und Georg Lukács ausgehende Verdinglichungskritik sowie die Freud'sche psychoanalytische Theorie versuchen Adorno und Horkheimer die subjektive Irrationalität als einen widersprüchlichen Teil der verheerenden gesellschaftlichen Totalität moderner Herrschaftsbeziehungen zu beschreiben. Sie entzündet sich zwar durchaus an Mangel und Versagung, reagiert darauf aber nicht mit Widerstand oder Eigennutz, sondern mit einer Suche nach psychischer Ersatzbefriedigung durch Aggression gegen jenen »der auffällt ohne Schutz« (Horkheimer/Adorno 1998: 195). Autoritäre Agitation verspricht zwar keinen größeren Anteil am gesellschaftlichen Reichtum, aber legitimiert mit ideologischen Versatzstücken für ihre Anhänger*innen ihre ihnen selbst unverständliche Wut. Diese Wut entspringt laut Adorno und Horkheimer letztlich dem etwa in Form der Menschenrechte gegebenen, aber von Klassengesellschaften permanent gebrochenen Versprechen eines glücklichen Lebens. Den Beherrschten wurde durch den gesamten Prozess der Zivilisation hindurch eingebläut, diesen Wunsch nach einem Leben ohne Mühe und Not zu verdrängen und zu verleugnen. Um unter Mangel und Zwang leben zu können, bekämpfen die Subjekte ihre eigene Sehnsucht nach dem Versprechen und all das, was sie an die Möglichkeit von »Glück ohne Macht« (ebd.: 196) erinnert.

Vorurteile wie der Antisemitismus sind in dem Sinne »funktional« (Adorno 1973a: 110), als sie dem Leiden an gesellschaftlichem Druck und der Furcht, für

die kapitalistische Wirtschaft überflüssig zu werden, einen psychisch einfachen Ausweg anbieten: Leiden und Furcht lassen sich projektiv verdrängen, indem die Minderwertigkeit und Überflüssigkeit der abgelehnten anderen demonstriert wird, also »dass es die anderen sind, deren man sich entledigen kann« (Adorno 2019a: 48).

Zudem bietet autoritäre Ideologie stets eine Identifikation mit größeren, vermeintlich mächtigen gesellschaftlichen Gruppen an (die Unternehmer*innen, die Tüchtigen, die Weißen, die Zivilisierten etc.) und kann so ein Bedürfnis nach Macht und gesellschaftlichem Einfluss fiktiv befriedigen, zudem den Wunsch, »sich anzupassen, sich anzuschließen, an irgendetwas zu glauben« (Adorno et al. 1973: 12). Die Agitation verspricht also die Befriedigung unterdrückter Wünsche, indem sie, wie Leo Löwenthal es ausdrückt, zur mindestens »verbalen Gefühlsentladung« (Löwenthal 1990: 100) ermutigt. In bemerkenswerter Nähe zur gramscianischen Theorie schreibt er über den prototypischen amerikanischen Agitator der 1940er-Jahre: »Er offeriert Verhaltensweisen, aber kein Brot« (ebd.). Lars Rensmann sieht diese emotionale Befriedigung heute durch verbale Aggression etwa in der populistischen rechten Stimmungsmache gegen Migrant*innen als »anders«, »fremd«, »schwach« und »gefährlich« fortleben (vgl. Rensmann 2017a: 128f.).

Adorno bezeichnet vor diesem Hintergrund die These, die Gefolgsleute autoritärer Propaganda handelten gegen ihr eigenes Interesse, als »kaum die ganze Wahrheit« (Adorno 1979b: 59), da sie erst im kritischen Rückblick gelte. Die autoritäre Aggression, zu der sie angestachelt werden, gewährt nämlich zunächst stets »Befriedigungen auf Vorschuß« (ebd.) und erscheint den Täter*innen als vernünftig – erst im Nachhinein stellt sich für sie heraus, dass der Wahn zu ihrem Nachteil war. Die Kritische Theorie beantwortet also die Frage, warum sich Individuen politisch von gegen ihre Interessen gerichteten Ideologien ansprechen lassen, durch eine psychologische Erweiterung des Interessenbegriffs, ohne diese psychischen Interessen völlig von gesellschaftlichen Einflüssen abzugrenzen, wie es die gegenwärtigen Populismustheorien tun.

Die psychische Bedrängnis der Beherrschten machen sich autoritäre Agitator*innen demnach zunutze, um die Wut über die Ohnmacht für ihren eigenen Erfolg aufzustacheln. Sie bedienen sich dazu laut den Analysen Adornos und Löwenthals aber weniger bestimmter Ideologien mit Ideen und Argumenten, als vielmehr einer Reihe von etwa 20 bis 30 bewusst eingesetzten sozialpsychologischen »Tricks«, die auf diese unbewussten Wünsche abzielen. Vor allem Löwenthal und Norbert Guterman haben diese immer wieder wiederholten, standardisierten rhetorischen *devices* und Slogans anhand rechter US-amerikanischer Agitatoren ausgiebig analysiert (vgl. Löwenthal 1990). Der Ausdruck »Trick« soll dabei nicht bedeuten, dass hier unbedarfte Bürger*innen schlicht überrumpelt würden. Laut Adorno vermitteln die Agitator*innen keine Gedanken oder Gefühle, die nicht schon in den Zuhörer*innen vorhanden waren, sondern rufen sie mit offensichtlich unlogischen, klischeehaften und pseudo-emotionalen Stimuli wach. Mit ihren

rhetorischen Darbietungen tragen sie ihrem sprachlosen Publikum eine Art »organisierter Gedankenflucht« (Adorno 1993: 153) an, mit bloß assoziativ verknüpften Versatzstücken dessen, was die Zuhörenden selbst gerne tun oder sagen würden, sich aber nicht trauen. Die Zuhörer*innen erleben eine »symbolische Offenbarung« (Adorno 1993: 155) ihrer ihnen selbst verborgenen Identität, im Gegenzug akzeptieren sie, wie Adorno es ausdrückt, »aus Dankbarkeit für die ›Show« (ebd.: 154) die mitgelieferte politische Ideologie der Agitator*innen. Dass damit nicht allein die amerikanischen Agitatoren der 1940er-Jahre charakterisiert sind, zeigt Lars Rensmann mit Blick auf gegenwärtige populistische Mobilisierungen. Sowohl zentrale Agitationstechniken als auch antisemitische Klischees finden in veränderten historischen und politischen Kontexten erstaunlich ungebrochen weiter Verwendung. Die psychologischen Kernmechanismen bleiben im gegenwärtigen Autoritarismus, auch in liberalen Demokratien, gleich (vgl. Rensmann 2017b: 343ff.).

Im Unterschied zu Stuart Halls hegemonie- und diskurstheoretischer Herangehensweise hält die Kritische Theorie autoritäre Agitation also für wesentlich psychologisch strukturiert, während ihre politischen Ziele und Positionen durchaus inkonsistent und variabel sind. Während Hall die Anschlussmöglichkeiten autoritärer Propaganda an den populären Alltagsverstand ausschließlich in bestimmten inhaltlichen Elementen sucht, weist Adorno zudem auf eine psychologische Anschlussfähigkeit hin. Entgegen gängiger Vorstellungen habe das sogenannte einfache Volk kein besonderes Gespür für authentische oder falsche Absichten hinter politischen Auftritten, sondern finde selbst Gefallen an irreführenden Inszenierungen, offensichtlichen Täuschungen und gespielten Emotionen (vgl. Adorno 1993: 155).

Das heißt natürlich nicht, dass die manifesten politischen Inhalte der Agitation völlig beliebig sind. Zum einen sieht Adorno die Agitation stets auf eine Identifikation mit mächtigen Kollektiven, also eine »Fetischisierung der Realität und der bestehenden Machtverhältnisse« (ebd.: 158) hinauslaufen, zum anderen eignen sich bestimmte, immer wiederkehrende Ideologien wie Antisemitismus, Rassismus, Nativismus, Sexismus etc. für die identitäre Beschwichtigung des zugrundeliegenden Ohnmachtsgefühls.

Zwei weitere Differenzen sind bedeutsam. Erstens ist für die Frankfurter Kritische Theorie eine spezifische Erfahrungslosigkeit in entfremdeten Verhältnissen die Grundlage autoritärer Agitation. Stuart Halls These, autoritärer Populismus funktioniere, weil er einen wirklichen Zugriff auf authentische populäre Erfahrungen habe, ist in diesem Sinne einzuschränken: Die Erfahrungen, die hier aufgegriffen und verarbeitet werden, sind selbst schon durch die unpersönlichen Herrschaftsverhältnisse auf eine tendenziell autoritäre Weise deformiert. Der gramscianische Ansatz tendiert dagegen immer wieder zu der Vorstellung, es gäbe zunächst unmittelbare, zutreffende populäre Erfahrungen der gesellschaftlichen Realität, die dann von politischen Diskursen überformt werden. Aber diese Offenheit, die auch zumindest prinzipiell gleiche Chancen für linke und rechte politische Interventio-

nen in den Alltagsverstand verbürgen soll, ist real nicht gegeben. Mit der Kritischen Theorie lässt sich sagen: Die Verhältnisse drängen das Bewusstsein vielmehr wie von selbst zu verdinglichten Erfahrungen der sozialen Welt und bereiten damit der autoritären Regression den Boden.

Zweitens betrachtet die Kritische Theorie die modernen, aufgeklärten Herrschaftsverhältnisse allgemein als Grundlage autoritärer Ideologie, während gramscianische Ansätze den Blick auf die national besonderen, historisch je spezifischen diskursiven Terrains richten, auf denen autoritärer Populismus operiert. Die Kritische Theorie differenziert in ihren Analysen autoritärer Agitation kaum nach Klassen und politischen Kontexten – wenngleich sie diese im Prinzip als ausschlaggebend anerkennt (vgl. Rensmann 2017b: 326ff.). Daher fragt sie auch nicht nach den konkreten politischen Zielen, die herrschende oder subalterne Gruppen mit der autoritären Propaganda verfolgen. Stattdessen zeichnet ihre Modernekritik das Bild eines drohenden faschistischen Totalitarismus, der letztlich bar jeden Programms auf »Eroberung zum Zweck absoluter Beherrschung« (Adorno 1993: 151) hinausläuft. Obwohl Adorno in den Studien zur autoritären Persönlichkeit von »potentiell faschistischen Zeiten« (Adorno 1973b: 178) in den USA spricht, stellt er keine systematischen Überlegungen dazu an, unter welchen Bedingungen potenzielle zu wirklichen Faschist*innen werden. Er unterscheidet nicht zwischen »normalen« kapitalistischen Bedingungen und etwa Zeiten von Krisen oder Krieg. Die Beziehung zwischen konkreten sozio-historischen Bedingungen und dem Erfolg autoritärer Demagogie bleibt daher unklar. Zwar hält die Kritische Theorie grundsätzlich an einer Analyse von Klassenverhältnissen fest. Aber in Folge ihrer Abkehr vom klassischen Marxismus und seinem Fokus auf ökonomische Krisen führt sie diese Analyse nicht selbst durch.

Das erscheint im Gegenzug als große Stärke des gramscianischen Ideologiebegriffs. Der unmittelbare Bezug auf Klasseninteressen hält zu einer konkreten Analyse gesellschaftlicher Hegemonieverhältnisse an. Für die Populismustheorie wäre es bedeutsam, diese beiden theoretischen Traditionen, die noch immer beinahe unvermittelt nebeneinander bestehen, systematisch auf ihre Vereinbarkeit und ihre Beiträge zur empirischen Populismusforschung zu befragen. Einen ersten Versuch in diese Richtung hat der australische Soziologe Paul K. Jones (Jones 2020, 2022) vorgelegt. Seiner Meinung nach besteht zumindest die Möglichkeit einer Ergänzung, da die Kritische Theorie zwar viel zum Verständnis autoritärer Demagogie beigetragen hat, aber erst der Gramscianismus die politische Flexibilität des Populismus wahrnahm. Wie hier gezeigt, haben beide Linien Leerstellen, demonstrieren aber hinreichend die Notwendigkeit einer gesellschaftstheoretisch reflektierten Herangehensweise. Ihre Varianten dreidimensionaler Ideologiebegriffe zeigen, dass zum Verständnis autoritärer Ideologie eine Analyse der gegenwärtigen Hegemonieverhältnisse sowie der gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnisse nötig ist.

5.1.2 Funktionale Differenzierung von linken und rechten populistischen Parteien

Unmittelbar verknüpft mit den Problemen des Ideologiebegriffs sind die Schwierigkeiten der verschiedenen Theorien, populistische linke und populistische rechte Parteien in ein einheitliches begriffliches Schema zu bringen. Die Elemente der Minimaldefinition populistischer Ideologie, wie sie der *ideational approach* bestimmt, treffen nicht gleichermaßen auf linke und rechte Varianten des Populismus zu (vgl. Abschnitt 2.1.2). Die Kriterien »homogener Volksbegriff« und »Antipluralismus«, die uneingestanden Maße an populistischen rechten Parteien gewonnen sind, können nur sehr eingeschränkt auf als populistisch geltende linke Parteien und Bewegungen angewendet werden. Der Versuch, trotz der empirischen Vorherrschaft populistischer rechter Parteien möglichst allgemeingültige Elemente populistischer Ideologie zu bestimmen, nivelliert somit den Unterschied zwischen autoritärer und demokratisierender populistischer Politik und lässt Populismus insgesamt als antidemokratisch erscheinen.

Demgegenüber offenbart die radikaldemokratische Strömung ein geradezu spiegelbildliches Problem. Die politische Logik, die in rechten wie linken populistischen Parteien waltet, ist ihr zu Folge eine urdemokratische, die stets authentische, unterdrückte Bedürfnisse mit einer Kritik herrschender Eliten artikuliert. Diese Festlegung, beim Populismus handele es sich grundsätzlich um einen egalitären Impuls, legt die Verharmlosung der antidemokratischen Stoßrichtung populistischer rechter Parteien nahe (siehe Unterkapitel 4.3).

Möglicherweise angesichts dieser Abgründe verwenden unter den Cleavage-Theorien zumindest Norris und Inglehart sowie Rodrik und Manow noch reduzierte Populismusdefinitionen, die sich auf die rhetorische Gegenüberstellung von souveränem Volk und korrupter Elite beschränken. So können sie widerspruchsfrei linke und rechte Parteien als »populistisch« bezeichnen. Wie in Abschnitt 3.2.2 gezeigt, verstehen Rodrik und Manow sowie Norris und Inglehart allerdings Populismus als gänzlich neutral gegenüber den Konfliktlinien, die politische Auseinandersetzungen vorzeichnen. Populistische Rhetorik neigt laut ihnen weder zu linker oder rechter ökonomischer Programmatik, noch zu autoritären oder libertären Werten. Damit ignorieren sie nicht nur die empirische Affinität populistischer Rhetorik zu autoritärer Ideologie, die der *ideational approach* zumindest in verkehrter Form registriert. Sondern in den Cleavage-Theorien über den Erfolg populistischer Parteien spielt der Populismus selbst letztlich keine Rolle mehr, ausschlaggebend ist allein ihre Verortung in den zentralen Konfliktlinien.

Wie kann also die Populismustheorie dieser autoritären Affinität des Populismus Rechnung tragen, ohne dabei die Unterschiede populistischer linker und populistischer rechter Parteien zu nivellieren oder Populismus zu einer bloßen Äußerlichkeit zu erklären?

Zu den Differenzierungen des Erfolgs populistischer Parteien nach ihren Hauptideologien, nach ihren politisch-ökonomischen Kontexten sowie den Wertekonflikten in ihren jeweiligen Gesellschaften muss noch eine *funktionale* Unterscheidung hinzutreten. Denn vor allem die Frankfurter Kritische Theorie besteht darauf, dass autoritäre Ideologie grundsätzlich anders funktioniert als konservative, liberale oder sozialistische.

Wie oben dargestellt, hält die Kritische Theorie die autoritäre Agitation für vorrangig psychologisch und manipulativ strukturiert. Leo Löwenthal unterschied die amerikanischen autoritären Agitatoren daher idealtypisch von Reformern und Revolutionären. Obwohl sie alle als Fürsprecher*innen gesellschaftlicher Veränderung auftreten, versucht der*die Agitator*in im Unterschied zu den anderen nicht, die Unzufriedenheit des Publikums auf rational erkennbare soziale Ursachen zurückzuführen. Vielmehr verstärkt die Agitation dessen Desorientierung, indem sie statt objektiven Ursachen stets bestimmte feindliche Individuen oder Personengruppen als Quelle allen Übels ausmacht. Dieser Feind will seinem Opfer, meist das »Volk«, aus reiner Boshaftigkeit, Gier oder sonstiger Charakterschwäche schaden und »nimmt gewissermaßen unmittelbaren Einfluß auf seine Opfer, ohne sich gesellschaftlicher Mechanismen – wie etwa des in der Sozialismustheorie definierten Kapitalismus – als Vermittlung zu bedienen« (Löwenthal 1990: 20). Entsprechend sind auch die Handlungsvorschläge der Agitator*innen personalisiert. Statt der eingeschränkten Reform oder der umfassenden Revolution gesellschaftlicher Strukturen stellen sie auf die Eliminierung von Personen oder Gruppen ab.

Damit verwehrt es autoritäre Agitation dem Publikum nicht nur, seine wirklichen eigenen Probleme zu erfassen. Die besondere, rein emotionale Form der Befriedigung durch Demagogie kann für die Anhänger*innen vor allem keine Veränderung der Situation bewirken. So führt sie real stets zu einer noch bedingungsloseren Unterwerfung unter gesellschaftliche Herrschaftsverhältnisse. Sie fordert unter anderem die Glorifizierung von Führungsfiguren, die Aufgabe bürgerlicher Freiheiten, erweiterte Befugnisse der Polizei oder gar den Terror gegen Minderheiten (vgl. ebd.: 151). Darin sieht nun Adorno, anders als Gramsci und die an ihn Anschließenden, eine ganz andere gesellschaftliche Funktion autoritärer Ideologie nicht nur im Vergleich mit sozialistischen, sondern auch mit bürgerlichen Ideologien. Denn Ideologien wie Liberalismus, Individualismus oder Idealismus sind »objektiv notwendiges und zugleich falsches Bewusstsein« (Adorno 1979a: 465). Das heißt sie drücken etwas Wahres über die undurchsichtigen, vermittelten gesellschaftlichen Verhältnisse aus und wollen sie gleichzeitig apologetisch gegen Kritik rechtfertigen, indem sie sie als schon verwirklichte Freiheit und Gerechtigkeit darstellen.

Demgegenüber sind autoritäre Ideologien »manipulativ ausgedacht, bloßes Herrschaftsmittel« (ebd.). Sie erheben keinen Anspruch auf Wahrheit und Einheitlichkeit mehr und wollen nicht länger diskursiv überzeugen. Diesem manipulativen

Charakter ist eine ideologiekritische Widerlegung nicht mehr angemessen, sondern es muss stattdessen schlicht nach dem *cui bono* gefragt werden, also: Auf welche Dispositionen in den Menschen spekulieren sie und was wollen sie, zu welchem eigenen Nutzen, in ihnen hervorrufen? Welche gesellschaftlichen Umstände bringen Subjekte hervor, die davon angesprochen werden (vgl. Adorno 1979a: 466)?

Die gegenwärtigen Populismustheorien blenden diesen funktionalen Unterschied zwischen bürgerlichen oder sozialistischen Ideologien einerseits und autoritären Ideologien andererseits aus. Sie verkennen damit, dass Populismus je nach ideologischer Einbindung ganz unterschiedliche Funktionen erfüllt und verschiedene gesellschaftliche Bedeutungen erhält.

Dessen unbenommen steht der Populismus autoritärer Ideologie grundsätzlich näher, da er eben diese Tendenz zur Personalisierung mit ihr teilt. Es gehört zum Minimalkonsens der gegenwärtigen Theorien, dass der Populismus, ob links oder rechts, verschiedene gesellschaftliche Probleme dem Wirken einer korrupten, kleinen Elite zuschreibt. Egal welchen politischen Zielen der Populismus dienstbar gemacht wird, stets prangert er nicht systemische soziale Widersprüche an, sondern einen scheinbar externen Feind, der das System erst korrumpiert. Ganz wie Löwenthal es für den autoritären Agitator bemerkt, steht der Populismus damit im Gegensatz zur sozialistischen Theorie, die Probleme stets als Symptom der widersprüchlichen »normalen« Verhältnisse betrachtet.⁴ Angesichts der real unpersönlichen, subjektlosen Herrschaftsverhältnisse in kapitalistischen Gesellschaften kann eine grundsätzlich personalisierende Kritik nie ganz die wirklichen Ursachen sozialer Probleme ergründen. Die feindliche Elite muss auch im Populismus stets künstlich konkretisiert werden. Slavoj Žižek kommt daher zu dem Schluss, dass der Populismus per Definition stets ein »minimum, an elementary form, of ideological mystification« (Žižek 2006: 557) enthalte. Eben weil er immanente soziale Antagonismen stets auf den Antagonismus zwischen Volk und äußeren Feinden verschiebt, birgt er in sich »in the last instance a long-term protofascist tendency« (ebd.). Die Einschränkungen in Žižeks Formulierungen sind dabei keiner vornehmen Zurückhaltung geschuldet. Sie versuchen anzuerkennen, dass trotz der autoritären Tendenz des Populismus durchaus unzweifelhaft linke Parteien und Bewegungen sich seiner bedienen können. Damit nehmen sie allerdings oft autoritäre Elemente in ihre Rhetorik und Programmatik auf, etwa wenn sie den nationalen Wohlfahrtsstaat abwehrend gegen Migration und »Identitätspolitik« verteidigen oder statt Kapitalismuskritik die Verteufelung gieriger und »unproduktiver« Bankenchefs in den Mittelpunkt rücken. So handeln sie sich einen inneren Widerspruch zu ihrem Anspruch

4 Es illustriert die hinderliche disziplinäre Beschränktheit beispielsweise des Ansatzes Cas Muddes, dass er zwar populistische radikal rechte Parteien als Ausdruck einer »pathological normalcy« beschreibt, sich aber nicht fragt, welche gesellschaftlichen Verhältnisse die Normalität denn überhaupt »pathologisch« werden lassen.

auf universelle Gleichheit und Freiheit ein, der sie hemmt. Denn die personalisierende Mystifizierung des Populismus enthält eine grundsätzliche Weigerung, der Komplexität moderner Herrschaftsverhältnisse und politischer Probleme ins Auge zu blicken.

Die Vermählung populistischer und linker Ideologie ist also möglich, wenngleich nur eingeschränkt. Näher liegt die Verbindung populistischer und autoritärer Ideologie, da die populistische Personalisierung an das entsprechende Element des von Adorno bestimmten, autoritären »ideologischen Gesamtschemas« anschließen kann, das wiederum auf die tatsächlich unpersönlichen kapitalistischen Herrschafts- und Eigentumsverhältnisse reagiert.

Mit diesem Hang zur Personalisierung verbunden scheint die Tendenz populistischer Bewegungen und Parteien zu wenig demokratischen inneren Strukturen, die ganz um eine oder wenige Führungspersonen organisiert sind. Gleichwohl sind auch hier das Ausmaß der (autoritären) Identifikation mit dieser Führung sowie deren Machtfülle unterschiedlich ausgeprägt.

Die Frage nach den Elementen populistischer Ideologie lässt sich demnach nicht allein durch eine möglichst präzise Definition lösen. Sie bedarf funktionaler Differenzierung und letztlich der Gesellschaftstheorie. Während es möglich ist, Populismus auf wenige allgemeingültige ideologische Elemente zu reduzieren, verändert sich ihre gesellschaftliche Bedeutung in gewissem Maße je nach der Wirtsideo-logie, in die sie integriert werden. Allerdings sind sie nicht gänzlich wandelbar, da sie angesichts der abstrakten Herrschafts- und Eigentumsverhältnisse zumindest zur Mystifizierung und damit zum Autoritären neigen. So sind sie anschlussfähiger an verbreitete autoritäre Einstellungen in der Bevölkerung und rechte Parteien. Jede parallelisierende Analyse populistischer linker und populistischer rechter Parteien und Bewegungen muss dieser Einschränkungen gewahr werden.

5.1.3 Politische Repräsentation als Aspekt gesellschaftlicher Konflikte

Als ein zentrales Problem der gegenwärtigen Populismustheorien wurde ihr unzureichender Begriff politischer Repräsentation hervorgehoben. Insbesondere die Cleavage-Theorien laborieren an ihrem sehr engen Verständnis demokratischer Politik. Sie reduzieren das Politische letztlich auf institutionelle Regeln für den Machterwerb und Machtgebrauch, die gegebenen sozialen Interessen lediglich einen entsprechenden parlamentarischen Ausdruck verleihen (siehe Abschnitt 3.2.3). Dagegen sind die Überlegungen Dani Rodriks und Simon Bornschiers zu der Frage einschlägig, inwiefern kollektive Identitäten, Weltbilder und sogar Interessen selbst politisch konstruiert werden. Doch diese folgerichtigen Erweiterungen des politischen Feldes stehen im Widerspruch zur Grundidee der Cleavage-Ansätze und werden daher nicht entwickelt. Denn letztlich sollen immer die sich wandelnden Interessen als unpolitischer, quasi naturwüchsiger Ausdruck sozialer Modernisie-

rungsprozesse das Wahlverhalten und damit die Spielräume und Positionierungen der Parteien bestimmen.

Die anderen Theorien können diesen Widerspruch zwischen sozialer und politischer Logik ebenfalls nicht aufheben. Der *ideational approach* kritisiert zwar die Cleavage-Ansätze als zu sehr auf die Nachfrageseite populistischer und autoritärer Ideologie fokussiert. Er setzt stattdessen diese Nachfrage selbst als konstantes Produkt moderner Gesellschaften voraus und fragt, wie und unter welchen Bedingungen populistische Parteien sie in wechselnden politischen Erfolg ummünzen können. Damit räumt er zwar dem politischen Kampf um die Formulierung und Salienz von Themen zu Recht eine größere Bedeutung für den Erfolg populistischer Parteien ein. Aber er kann weder erklären, warum populistische Parteien nun häufiger siegreich aus diesen Kämpfen hervorgehen, noch welche Machtverhältnisse über den Ausgang dieses Kampfes (mit-)entscheiden, noch, wie dieser politische Prozess wiederum die Nachfrage formt (siehe Abschnitt 2.3.2). »Repräsentation« als symbolischer Prozess der Artikulation und Bündelung von Interessen jenseits eines bloßen Abbildens vorhandener Einstellungen gilt zumindest Jan-Werner Müller gar als proto-totalitaristisch.

Den weitesten Begriff des Politischen bieten die radikaldemokratischen Theorien, insbesondere die Ernesto Laclaus. Seine diskurstheoretische Kritik an ökonomistischen und funktionalistischen Politiktheorien insistiert darauf, dass politische Identitäten immer erst aus heterogenen sozialen Forderungen hergestellt werden. Die sprachphilosophisch begründete These geht dabei so weit, dass erst die symbolische, hegemonial durchgesetzte Repräsentation durch einen politischen Signifikanten überhaupt eine geteilte Bedeutung verschiedener sozialer Forderungen stiften kann (siehe die Einleitung zu Kapitel 4). Damit aber vereinseitigt Laclau politische Repräsentation wiederum, nun allerdings auf einen *allein* symbolischen Konstruktionsprozess. Soziale Forderungen sind hier bloßes Material ohne eigene Bedeutungsdimension und der politische Prozess vollzieht sich nicht mehr in gesellschaftlichen Institutionen und Herrschaftsverhältnissen, sondern konstituiert diese selbst erst.

Für den *ideational approach* und die Radikaldemokratie sind also politische und soziale Phänomene einander äußerlich oder fallen in eins. Daher bleiben sie wie die Cleavage-Theorien der Vorstellung verhaftet, soziologische und politische Erklärungen stünden letztlich im Widerspruch zueinander. Aber ihre Schwierigkeiten, soziale und politische Prozesse unabhängig voneinander zu untersuchen oder sie plausibel in ein Verhältnis von Ursache und Wirkung zu setzen, deuten darauf hin, dass hier für die sozialwissenschaftliche Bearbeitung etwas willkürlich getrennt wird, das objektiv miteinander zusammenhängt. In konkreten gesellschaftlichen Verhältnissen und ihrer Entwicklung sind Identitäten und Interessen immer schon durcheinander vermittelt. Die Geschichte ökonomischer Interessenkonflikte lässt

sich nicht ohne die Veränderung politischer Ideologien erzählen, die Geschichte politischer Konflikte nicht ohne die der politischen Ökonomie.

Die kritischen Autoritarismustheorien sowohl Stuart Halls als auch Adornos, Horkheimers und Löwenthals versuchen dieser trennenden Alternative zu entkommen, indem sie auf eine übergreifende Totalität gesellschaftlicher Herrschaftsverhältnisse verweisen. Sie wollen den Erfolg autoritärer Ideologien weder auf einen Effekt veränderter sozialer Interessen reduzieren, noch darin bloße parteipolitische Strategie erkennen. Vielmehr gelten ihnen beide als zwar unterschieden, aber zugleich herrschaftsförmig miteinander vermittelt. Die Unterscheidung von Politik und Sozialem, oder klassischer: Staat und Gesellschaft, ist, wie auch die Staatstheorien Gerstenbergers und Poulantzas' demonstrieren, ein Unterschied *in* ein und derselben Gesellschaft. Politische Repräsentation ist ein Aspekt gesellschaftlicher Konflikte und Kämpfe um Hegemonie.

Ihre dreidimensionalen Ansätze gehen vom Primat der antagonistischen gesellschaftlichen Verhältnisse aus. Die Produktion und Rezeption politischer Ideologien sind Praktiken innerhalb übermächtiger, herrschaftsförmiger und widersprüchlicher Verhältnisse und entsprechend durch sie geformt. Da kapitalistische Gesellschaften wesentlich antagonistisch sind, ist auch die Produktion und Rezeption von Ideologie und Identitäten stets umkämpft. Und dieser Kampf wird, wie in den vorangegangenen Abschnitten dargestellt, vorstrukturiert durch gesellschaftliche Machtverhältnisse, vor allem hinsichtlich der Ressourcen, die die kämpfenden Fraktionen mobilisieren können.

Diese Machtverhältnisse geraten in der geläufigen Aufteilung von Nachfrage- und Angebotsseite der Politik aus dem Blick. Gesellschaftstheorie lässt sich bei der Erklärung der Erfolge populistischer Parteien nicht umgehen oder überspringen, da sie erst angeben kann, wie politisches Angebot und Nachfrage überhaupt zueinanderstehen. Mit den kritischen Theorien lässt sich argumentieren, dass sowohl der Impuls der Cleavage-Theorien zutrifft, soziale Konflikte zum Ausgangspunkt der Erklärung politischer Veränderungen zu nehmen, als auch die Erkenntnis Muddes, dass es für den Erfolg populistischer rechter Parteien weniger auf die Nachfrage der Bürger*innen nach entsprechender Ideologie ankommt als auf die parteipolitischen Angebote.

Die Cleavage-Theorien verorten den Übersetzungspunkt sozialer und politischer Prozesse stets in den Bürger*innen(massen), indem sie nach Korrelationen zwischen der Veränderung von Interessen oder Werten und entsprechenden Veränderungen der Einstellungen oder Wahlentscheidungen suchen. Adorno hat die in solchen empirischen Verfahren liegende Annahme, die politische Zukunft hänge von den Einstellungen einer großen Zahl von Menschen ab, als »demokratisches Vorurteil« (Adorno 2019a: 26) bezeichnet. Die Cleavage-Theorien unterstellen kontrafaktisch demokratische politische Prozesse, obwohl oft tatsächlich viel kleinere Zirkel und Institutionen über die Meinungsbildung und öffentliche Angelegenhei-

ten entscheiden. Damit zusammenhängend suggeriert diese Herangehensweise, dass die normalen, alltäglichen Meinungen, also der Common Sense, sich letztlich stets gegenüber den randständigen, pathogenen Vorurteilen durchsetzen wird. Das aber verharmlost die nicht von der Hand zu weisende Gefahr, dass die herrschaftsförmige »Irrationalität des Ganzen« die »Irrationalität der Menschen« (Adorno 2019b: 124) mehrheitsfähig machen kann.

Denn so wie der Verkaufserfolg von Waren in kapitalistischen Gesellschaften entgegen dem alltäglichen Anschein nicht hauptsächlich von den existierenden Bedürfnissen der Käufer*innen abhängt, ist die Zustimmung zu Ideologien und politischen Programmen nicht einfach auf vorhandene Einstellungen zurückzuführen. Vielmehr werden auf dem Markt wie in der Politik durch gesellschaftlichen Druck und kalkulierte Reklametechniken für vorgefasste Produkte erst nachträglich Bedürfnisse erzeugt, die dann die Produkte scheinbar legitimieren. In Bezug auf autoritäre Vorurteile charakterisierte Adorno die Bürger*innen daher böse als bloße »submissive Reaktionszentren, die dem konventionellen Verständnis dessen zu entsprechen versuchen, was sich gehört« (Adorno 2019a: 26). Politische Ideologien werden in spätkapitalistischen Verhältnissen nicht nach den Bedürfnissen der Bürger*innen produziert, wie die Begriffe »Nachfrageseite« und »Angebotsseite« nahelegen. Sondern das Angebot bestimmt wesentlich die Nachfrage. Die Bürger*innen erschaffen für gewöhnlich nicht die Ideologien und wählen auch nicht frei aus ihnen aus, sondern akzeptieren sie unter dem Druck tatsächlicher oder vermeintlicher Macht (vgl. Adorno 2020: 233).

Adorno und auch Hall könnten der Intuition der Cleavage-Theorien so weit zustimmen, dass große ideologische Verschiebungen stets im Zusammenhang zu Interessenkonflikten, vor allem zu ökonomischen Krisen und dem davon berührten Klassenantagonismus stehen. Klasseninteressen bilden für beide den entscheidenden Kern. Aber sie sind nicht notwendig auch der Inhalt der ideologischen Konflikte. Die antagonistischen Interessen finden keinen unmittelbaren ideologischen »Ausdruck«, sondern die ideologische Erscheinungsform wird durch die strategische Bearbeitung mächtiger Interessengruppen bestimmt.

Diese strategische Bearbeitung kann aber nicht willkürlich jegliche partikularen Interessen ideologisch abstützen, sondern ist darin selbst wiederum durch die antagonistischen Verhältnisse begrenzt.

Zum Einen vonseiten der Bürger*innen: Damit sie die ideologischen »Angebote« zumindest hinnehmen können, müssen diese ihre wirklichen Ziele mit Elementen des populären Alltagsbewusstseins, ideologischen Traditionen, demokratischen Versprechen etc. verknüpfen und irgendeine subjektive Befriedigung in Aussicht stellen. Die Analogie von Ideologie und Ware lässt sich in dieser Hinsicht verlängern. Wenngleich die Bedürfnisbefriedigung in kapitalistischen Verhältnissen weder der wirkliche Zweck der Produktion noch das zentrale Prinzip der Warengestaltung ist, müssen die Produkte für den Verkauf doch zumindest eine Bedürfnisbe-

friedigung versprechen und auf entsprechendes Entgegenkommen unter den Käufer*innen spekulieren.

Zum anderen vom politischen Konflikt: Ideologieproduktion findet, laut Gramsci, in einem hegemonialen Kräfteverhältnis statt. Das heißt, sie versucht gegen konkurrierende Ideologien eine intellektuelle und moralische Führung über zumindest einen Teil der subalternen Bevölkerung zu errichten (vgl. Gramsci 2011: 180). Weitreichende Veränderungen in Parteiideologien sind also *in einem* sowohl Antworten auf gesellschaftliche Veränderungen wie die Globalisierung oder den Wertewandel als auch Handlungsversuche zum Erlangen oder Erhalten politischer Hegemonie in Auseinandersetzung mit konkurrierenden Hegemonieprojekten. Deutet man in diesem Sinne die Bedeutungszunahme populistischer Ideologie in vor allem rechten Parteien als Zug in einem Kampf um politische Hegemonie, löst sich der scheinbare Widerspruch von angebots- und nachfrageseitigen Erklärungen.

Cas Mudde's Abkehr vom Rätsel der Nachfrage nach Ideologien der populistischen Rechten ist begründet: Es sind nicht zuerst Veränderungen von Einstellungen und Werten, die den zunehmenden Erfolg populistischer, vor allem populistischer rechter Parteien erklären könnten. Sondern Einstellungen und Werte sind selbst politisch geformt. Der Wertewandel, den Norris und Inglehart beobachten, muss selbst als sehr viel umfassender politisch vermittelt verstanden werden. Statt der vermeintlich anthropologischen Bedürfnishierarchie haben konkrete politische und ideologische Konflikte, Traditionen und Elemente im Zusammenspiel mit Veränderungen der gesellschaftlichen Verhältnisse zur Herausbildung der autoritären und libertären Pole geführt. Der autoritäre Backlash in seiner politisch organisierten Form wäre dann nicht eine authentische Selbstverteidigung kulturell bedrohter autoritärer Wertegemeinschaften, sondern – wie von Alex Demirović formuliert – das Produkt einer hegemonialen Operation herrschender Gruppen, die zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele die Zustimmung autoritär eingestellter Bevölkerungsteile zu gewinnen suchen.

Für die Populismusforschung ergibt sich aus dieser These die Aufgabe, die Genese des Wertewandels im engeren Zusammenhang mit der Veränderung gesellschaftlicher Verhältnisse zu untersuchen. Es wäre zu zeigen, wie autoritärer und libertärer Pol parteipolitisch nutzbar gemacht wurden und werden und wie dabei ideologische Elemente gewichtet, artikuliert oder unterdrückt wurden und werden.

Auch für die Politische Ökonomie lässt sich aus den vorangegangenen Überlegungen eine Verschiebung des Blickwinkels ableiten. Parallel zu den Verteilungskonflikten und den Verletzungen der Interessen der abhängig Beschäftigten durch die Globalisierung sollten die sozialpolitischen Ideologieangebote populistischer (rechter) Parteien untersucht werden. Auf welche politisch-ökonomischen und auf welche Hegemoniekrisen reagieren sie? Dabei wäre zu fragen, wie die »Kulturalisierung« von Verteilungskonflikten, die laut Manow ja ein bloßes Mittel zur Mobilisierung sein soll, die sozialpolitischen Interessen der Subalternen in Re-

gie nimmt, verschiebt und vor allem desartikuliert. Die Einsichten Dani Rodriks könnten sich hier mit Impulsen Ernesto Laclaus treffen: Artikulierte Interessen existieren nicht naturwüchsig, in ihnen steckt durch hegemoniale Ideologien mit-erzeugte politische Identität. Aber ebenso müssen Identitätsangebote mindestens psychische oder identitäre Interessen bedienen. Repräsentation erschafft soziale Verhältnisse nicht, sondern wirkt in ihnen.

5.1.4 Reale Vermittlung »kultureller« und ökonomischer Herrschaftsverhältnisse

Von diesem Punkt aus lässt sich auch der zentrale Streitpunkt der Cleavage-Theorien erhellen, ob der Erfolg populistischer Parteien eher auf die Polarisierung kultureller Werte zurückgeht oder diese kulturellen Konflikte eigentlich nur ökonomische Interessenkonflikte verbergen. Wie gezeigt teilen Wertewandelthese und die Politische Ökonomie das Problem, dass sie die angeblich vorgängigen Interessen und den entsprechenden politischen Ausdruck nicht plausibel miteinander verbinden können. Beide behelfen sich durch Reduktionen: Während die politische Kulturforschung der sichtbaren politischen Polarisierung in kulturellen Fragen durch Einführung einer »Werte-Konfliktlinie« oder der »work logics« einen scheinbar sozialstrukturellen Interessenunterbau besorgt, passt die Politische Ökonomie ihre Darstellung der politischen Erscheinungsformen an den Unterbau an, indem sie sie als bloße »Kulturalisierung« eigentlich ökonomischer Interessenkonflikte rahmt (siehe Abschnitt 3.2.1). Mit diesen Reduktionen handeln sie sich schnell Erklärungsprobleme ein, da sie analytisch trennen, was real eine Einheit bildet.

Indem nun soziale Interessen und politische Repräsentation als durch die herrschaftsförmigen gesellschaftlichen Verhältnisse miteinander vermittelt gedacht werden, lässt sich das Problem präziser stellen. Die Frage lautet dann: Auf welche gesellschaftlichen Veränderungen und in welchen hegemonialen Auseinandersetzungen reagiert der autoritäre Populismus mit seiner Indienstnahme von Wert- und Lebensstilfragen?

Es ist unbestreitbar, dass zentrale Konfliktlinien der politischen Öffentlichkeit heute durch sogenannte »kulturelle« Themen verlaufen, die zugleich die zentralen Mobilisierungsfelder populistischer rechter Parteien sind. Dessen unbenommen geschieht diese Mobilisierung in von den ökonomischen und sozialen Verwerfungen des globalisierten neoliberalen Kapitalismus gezeichneten Gesellschaften, die für wachsende Teile der Bevölkerung nicht die Erfüllung grundlegender Bedürfnisse garantieren. Vor diesem Hintergrund sticht die offensichtliche Irrationalität und Abwegigkeit von populistischen rechten Mobilisierungen etwa gegen Abtreibungsrechte und Gender Mainstreaming, ethnische Minderheiten oder Klimaschutz und den Ausbau erneuerbarer Energien grell hervor. Spaltungen entlang von Klassenlagen rücken sie stattdessen politisch in den Hintergrund. Dieses »Angebot«

reagiert nicht notwendig auf eine unpolitisch vorausgehende »Nachfrage«, sondern bringt sie möglicherweise erst hervor, verbindet disparate Themen miteinander und steigert ihre Salienz. Die »kulturellen Themen« wurden und werden erst durch machtvolle Repräsentation zu einer Identität geformt. Das geschieht weder ohne politisches Interesse noch in völlig neuen, unvorhersehbaren Formen. Denn die ideologischen Innovationen des autoritären Populismus sind zugleich Antworten auf die gesellschaftlichen Veränderungen im Neoliberalismus und Versuche der Herstellung politischer Hegemonie.

Welche gesellschaftlichen Veränderungen sind hier gemeint? Der Wertewandel und die veränderten politischen Konfliktlinien können als Teil einer widersprüchlichen gesellschaftlichen Entwicklung gedeutet werden, zu der auch der Aufstieg des Neoliberalismus gehört.

Nach der Krise des Fordismus, die zugleich den Niedergang linker und sozialdemokratischer Klassenpolitik einläutete, traten in den sozialen Bewegungen progressiv-liberale Strömungen hervor – Feminismus und queere Bewegungen, Antirassismus und Ökologiebewegung – die auf den »kulturell« genannten Feldern eine allmähliche Vervielfältigung gesellschaftlich akzeptierter Lebensweisen erkämpften. Dieses Ineinander von historischer Niederlage des Sozialismus und Erfolgen des progressiven Projekts war einerseits die Voraussetzung dafür, dass durch die folgende neoliberale Entsicherung ein wachsendes »Reservoir politischer Verunsicherung und für Autoritarismus empfänglicher subjektiver Verarbeitungsformen« (Huke 2019: 635) entstand, wie Nikolai Huke es unter Bezug auf Gramsci und Hall formuliert. Autoritäre Einstellungsmuster, die in früheren Jahrzehnten angesichts sozialdemokratischer sozialpolitischer Erfolge in eine progressive Hegemonie eingebunden waren, wurden freigesetzt. Da sozialer Fortschritt unrealistisch erschien, verlor er an Bedeutung für die Wahlentscheidung (vgl. ebd.: 633).

Zugleich rief die gesellschaftliche Liberalisierung tatsächlich, wie von Norris und Inglehart beschrieben, in Teilen der konservativen Bevölkerungsgruppen autoritäre Abwehrreflexe hervor. Sie klammern sich an vermeintlich homogen konservative Milieus und überkommene Privilegien für unter anderem männliche, weiße, heterosexuelle Angehörige der Mehrheitsgesellschaft.

Der autoritäre Populismus drückt beide Entwicklungen allerdings nicht bloß aus, sondern nimmt sie aktiv in Regie und spitzt sie zu. Mit der schon genannten hegemonietheoretischen Perspektive Alex Demirovičs lässt sich darin etwa der Versuch einer Fraktion des Bürgertums erkennen, angesichts zunehmender Volatilität der Wähler*innen und häufiger politischer Pattsituationen einen Teil der Subalternen auf die eigene Seite zu ziehen. Aber zugleich kann mit Lars Rensmann in Anschluss an die Kritische Theorie gesagt werden, dass diese Operation nur möglich ist, weil sie eine weitreichende konformistische Rebellion gegen Wertewandel und etablierte Autoritären formiert, die auf »stable, resilient authoritarian legacies and cultural undercurrents within liberal democracies« (Rensmann 2017a: 127) zurück-

geht und sie reproduziert. Die von ihr mobilisierte Aggression richtet sich gegen die etablierten (partei-)politischen Autoritäten, da diese angesichts des verhassten Wertewandels nicht mehr ihre alte Stärke ausstrahlen. Indem der autoritäre Populismus neue politische Autoritäten präsentiert, kann er zugleich rebellische und konformistische Wünsche befriedigen (vgl. Rensmann 2018: 34).

Diese hegemoniale Politik bringt zwar erst die kulturelle Polarisierung (mit hervor, die sie repräsentiert, muss dabei aber mit den vorhandenen ideologischen Elementen des Alltagsbewusstseins und der ideologischen Traditionen arbeiten. Die spezifischen Feindbilder, die auf der autoritären Seite der kulturellen Polarisierung mobilisiert werden, sind nicht neu und verweisen selbst wiederum auf gesellschaftliche Herrschaftsverhältnisse. Arme, Frauen, queere Menschen, ethnische Minderheiten und jüdische Gemeinschaften sind Opfer jahrhundertelanger Diskriminierung. Diese Diskriminierungsgeschichten oder auch nur ihre Aktualisierung im autoritären Populismus sind natürlich nicht unmittelbar auf gegenwärtige ökonomische Interessengegensätze zurückzuführen, wie Philip Manow es stellenweise tut. Aber ebenso wenig wirkt der ökonomische Antagonismus bloß verstärkend auf einen unabhängigen, frei stehenden Konflikt zwischen autoritären und liberalen Werten. Mit der oben skizzierten psychologischen Erweiterung des Interessenbegriffs in der Kritischen Theorie lassen sich stattdessen die Funktionen dieser Ideologien für die subjektive Bewältigung des Leidens an der kapitalistischen politischen Ökonomie begreifen: psychische Ersatzbefriedigung durch Identifikation mit mächtigeren Gruppen, projektive Verdrängung eigener Angst vor Überflüssigkeit auf Schwächere, Legitimation der eigenen Wut und Aggression.

Und auch gesellschaftlich sind die verschiedenen Diskriminierungsverhältnisse mit dem ökonomischen Antagonismus zumindest verschränkt. Die Spaltung der beherrschten Klassen etwa durch Lohnhierarchien entlang von Geschlecht, Ethnizität und Religion erleichtert es, die berechtigten Forderungen der Subalternen gegeneinander auszuspielen und insgesamt den Druck auf sie zu erhöhen. Diese Diskriminierungen zu betonen und aufrechtzuerhalten ist daher sozialpolitisch nicht folgenlos. Die Politisierung »kultureller« Fragen im autoritären Populismus ist nicht nur, wie Dani Rodrik meint, ein Ausweichen auf irrationale Themen, um die absehbare Verletzung der Klasseninteressen seiner Anhänger*innen zu verbergen. Sondern gerade in der autoritären Dethematisierung von Verteilungskämpfen wird signalisiert, dass bestimmte, auch ökonomisch bedeutsame Privilegien aufrechterhalten werden sollen. Freilich verschleiert diese Übertragung ins Kulturelle dennoch, dass die autoritären Ideologien zwar manchen Teilen der Beherrschten relative Privilegien einräumen mögen, insgesamt aber ihre Position als Beherrschte umso mehr zementieren.

Ökonomische und kulturelle Deprivation – oder gesellschaftskritisch ausgedrückt: ökonomische und rassistische oder sexistische Herrschaftsverhältnisse – sind also real und ideologisch miteinander vermittelt, allerdings in verschie-

denen Gesellschaften auf je unterschiedliche Weise. Zur Untersuchung dieser unterschiedlichen Vermittlungen fehlen den gegenwärtigen Populismustheorien aber geeignete Begrifflichkeiten. Einen theoretischen Vorschlag hat Stuart Hall mit seinen Begriffen der »Artikulation« und der »conjunction« gemacht. Mit Rückgriff auf Marx denkt er die gesellschaftliche Totalität als eine komplexe, aber eindeutig gegliederte »Struktur mit Dominante« (Hall 2004a: 39). In ihr hängen verschiedene soziale Widersprüche weder unterschieds- und schwerpunktlos alle irgendwie zusammen, noch sind sie auf immer durch ein einzelnes einigendes Prinzip notwendig miteinander verschaltet. Sondern verschiedene Widersprüche sind in bestimmten historischen Momenten je spezifisch miteinander artikuliert. Sie bleiben verschieden, aber *innerhalb* einer je relativ stabilen, komplexen, hierarchisch gegliederten Einheit. Diese historisch spezifischen Verknüpfungen oder »conjunctures« sind praktisch hergestellt und liegen begrifflich auf einem Abstraktionsniveau zwischen ganz konkreten politischen Konflikten und allgemeinen sozialen Strukturen. Sie sind selbst Resultate von Praxen, ohne dabei voraussetzungslos zu sein (vgl. ebd.: 45f.). Diese konkreten Formen, in denen kulturelle, ökonomische, politische und technologische Elemente verknüpft sind, sowie ihre Dialektik von Struktur und Praxis sind nicht vorherbestimmt, sondern können nur empirisch herausgearbeitet werden. Das ist das Ziel der »conjunctural analysis«, die in den Cultural Studies in Anschluss an Stuart Hall entwickelt wurde (vgl. etwa Gilbert 2019; Ege 2019). Opratko und Harder haben in dieser methodologischen Tradition die Bedingungen der Zustimmung zu autoritär populistischer Ideologie unter Lohnabhängigen untersucht. Sie beobachten etwa, dass eine wahrgenommene Machtlosigkeit der Politik in Fragen des Arbeitsrechtes, der Löhne und der Arbeitsbedingungen Lohnabhängige empfänglich macht für »political interpellations that promise a re-sovereignisation of the state in other fields such as migration« (Harder/Opratko 2022: 440) – für Diskurse also, die originär ökonomische Erfahrungen in einer diskursiven Logik repräsentieren, die auf *policies* und Interessen der Rechten hinauslaufen.

Ähnlich ließe sich mit Blick auf den progressiven Pol des Wertewandels argumentieren. Die wirtschaftspolitische Artikulation der kulturellen »Lebensstilfragen« hinsichtlich etwa Geschlecht und Sexualität, Rassismus, Umweltzerstörung etc. ist auch auf der progressiven Seite umkämpft. Als bloß individuelle Wertorientierungen können sie durchaus mit einer liberalen, grünen oder sozialdemokratischen Aufrechterhaltung oder geringfügigen Reformen des politisch-ökonomischen Status quo vereinbar gemacht werden. Oder aber sie können Teil einer sozialistischen Fortsetzung des progressiven Projekts sein, das derzeit noch unter dem Zeichen der sozialpolitischen Niederlage steht. Insofern der Kampf gegen bestimmte Diskriminierungen sozialpolitische Spaltungsmechanismen infrage stellt und auch die Reproduktion der Arbeitskraft und das Verhältnis zu ihrem Körper politisiert (vgl. Mezzadra/Neumann 2017: 30ff.), könnte er – wie schon zu

Beginn der Neuen Sozialen Bewegungen – der Kern neuer Klassenkämpfe werden. Beide Möglichkeiten der Artikulation von sozialen Kräften und Ideologie sind gleichermaßen nicht garantiert, können aber unterschiedlich gut an bestehende ideologische und politische Verknüpfungen anschließen.

5.1.5 Populismus und autoritär-etatistischer Umbau der Demokratie

Die politisch wohl brisanteste Frage im Feld der Populismusforschung ist das Verhältnis des Populismus zur Demokratie. Sowohl im Sinne seiner Entstehung – welche Veränderungen in den westlichen demokratischen Systemen haben den Erfolg des Populismus ermöglicht? – als auch im Sinne seiner Wirkung: Wie verändern populistische Parteien demokratische Legitimitätsformen, Institutionen und Standards? Hier hat die Untersuchung der gegenwärtigen Theorien gezeigt, dass ihre Demokratieverständnisse der Beantwortung dieser Frage enge Grenzen setzen.

Die radikaldemokratischen Arbeiten, insbesondere Ernesto Laclaus und Chantal Mouffes, stilisieren Populismus zum zentralen Element der modernen Demokratie. Gestützt auf ihre Ontologie der Politik begrüßen sie entsprechend populistische Mobilisierungen als Fortsetzung eines urdemokratischen Impulses gegen Einschränkungen der Volkssouveränität und der Partizipation. Die rechtsstaatliche Einhegung und die Formalisierung demokratischer Praxis durch Verfahren und Institutionen erscheinen aus dieser Perspektive als Gängelung des lebendigen demokratischen Lebens, populistisches Aufbegehren dagegen als seine Verkörperung: Populismus ist Demokratie. Mit dieser Identifizierung sind Fragen nach dem Ursprung und der Wirkung der Wahlerfolge populistischer Parteien in westlichen Demokratien letztlich hinfällig. Die radikaldemokratischen Arbeiten interessieren sich schlicht nicht für die Rolle demokratischer oder überhaupt staatlicher Institutionen.

Der *ideational approach* kann hier bedingt Abhilfe schaffen. Im Gegensatz zur Radikaldemokratie berücksichtigt er durchaus die institutionellen Arrangements westlicher Demokratien als Ermöglichungsbedingungen und Begrenzungen populistischer Mobilisierung. Demokratie ist nicht nur empirisch meist liberal und rechtsstaatlich verfasst, sondern soll es für Mudde und Kaltwasser sowie Müller auch sein. Aus diesem Idealbild rechtsstaatlicher institutioneller Differenzierung speist sich ihre Skepsis gegenüber dem populistischen Appell an den uneingeschränkt legitimen Volkswillen. Die Wirkung des Populismus auf demokratische Systeme charakterisieren sie daher als bestenfalls ambivalent. Je nach Kontextbedingungen kann Populismus eine Stärkung demokratischer Repräsentation und die Repolitisierung strittiger Themen bewirken, oder aber institutionelle Regeln zum Schutz individueller und Minderheitenrechte angreifen.

Diesen offenen Blick für die unterschiedlichen möglichen Verwendungen populistischer Ideologie verstellen aber etwa Mudde und Kaltwasser wieder, indem sie

sich darauf festlegen, das Verhältnis von Populismus und liberaler Demokratie allein aus der von ihnen herauspräparierten populistischen Ideologie abzuleiten. Populismus wirkt demnach immer demokratisch und illiberal, da er stets den Gemeinwillen des Volkes zur letzten Legitimitätsgrundlage erklärt, ihn dabei aber absolut setzt und monistisch versteht. Mudde und Kaltwasser suggerieren also, das Verhältnis ließe sich trotz allem doch allgemeingültig bestimmen. Unabhängig von seiner Rolle in konkreten politischen Auseinandersetzungen und unabhängig vom politischen Lager, in das er dabei eingebunden ist, soll Populismus stets ein ambivalentes Verhältnis zur (liberalen) Demokratie haben.

Dem liegt zugrunde, dass Mudde und Kaltwasser auch die Institutionen der westlichen Demokratien unhistorisch betrachten. Parlamente, Regierungen, Parteien etc. sind feste Größen mit gleichbleibender Bedeutung und Funktionen, weshalb die populistische Polemik gegen sie auch immer illiberal bleibt. Wenn Mudde zeitdiagnostisch Funktionsprobleme wie den »undemocratic liberalism« (Mudde 2021a: 581) beschreibt, meint er damit einen entpolitisierenden Gebrauch der demokratischen Institutionen durch die Mainstream-Parteien – nicht eine Veränderung dieser Institutionen selbst oder ihrer Funktion im Staat. Entsprechend ist auch seine und Kaltwassers Unterscheidung populistischer Wirkungen je nachdem, in welcher Art von politischem System er auftritt, gänzlich statisch angelegt. Die hier beschriebenen politischen Regime der »electoral democracy« und der »liberal democracy« sind anhand weniger Parameter bestimmte, sauber getrennte Idealtypen ohne innere Konflikte oder historische Dynamik (vgl. Mudde/Kaltwasser 2017: 86ff.).

Sowohl die populistische Ideologie als auch die Institutionen westlicher Demokratie erscheinen in der gegenwärtigen Theoriebildung also als weitgehend statisch und unhistorisch, wodurch auch ihre Einschätzung der Wirkung des Populismus zu abstrakt ist. Hegemonietheoretische Analysen könnten diese Einschätzung historisch differenzieren und einordnen. Interessant ist dabei insbesondere, dass Autor*innen dieser Tradition für die westlichen Demokratien einen seit den 1970er-Jahren anhaltenden autoritären Wandel der liberaldemokratischen Institutionen nachzeichnen. Nicos Poulantzas prägte für diese Entwicklung 1977 den Begriff des »autoritären Etatismus« (Poulantzas 2002). Mit der staatsinterventionistischen Sozialpolitik des Fordismus in den 1970er-Jahren hat sich demnach in liberalen Demokratien das Verhältnis von Normal- und Ausnahmezustand verschoben. Zuvor haben Ausnahmestaaten in Zeiten von Wirtschafts- und Hegemoniekrisen versucht, durch Rücknahme demokratischer Institutionen bis hin zum Faschismus bürgerliche Hegemonie wiederherzustellen. Angesichts der Wirtschaftskrisen der 1970er-Jahren entwickelte sich dagegen eine neue Form demokratischer Staatlichkeit, die nicht einfach totalitär mit der Demokratie bricht, sondern bestimmte Elemente des Ausnahmestaates permanent in den demokratischen Normalzustand integriert. Der Staat versuchte zur Krisenbewältigung vermehrt Bereiche des öko-

nomischen und gesellschaftlichen Lebens zu steuern, zum Preis eines »Verfall[s] der Institutionen der politischen Demokratie« (Poulantzas 2002: 231). Gemeint sind die Verschiebung staatlicher Macht von der parlamentarischen Legislative hin zur Exekutive, abnehmende Bedeutung des Gesetzes, der Funktionsverlust politischer Parteien als Organe zur Organisation von Hegemonie und stattdessen die Entstehung paralleler Machtnetze, die die formalen Wege der demokratischen Willensbildung umgehen (vgl. ebd.).

John Kannankulam hat diese von Poulantzas beschriebene Entwicklung von den 1970er-Jahren bis in die 2000er weiterverfolgt. Überraschenderweise kommt er zu dem Ergebnis, dass der autoritäre Etatismus mit Beginn des Neoliberalismus nicht einfach endete. Zwar verfolgten neoliberale Reformen in westlichen Demokratien auf den ersten Blick das zum Staatsinterventionismus entgegengesetzte Modell der Krisenbearbeitung. Schließlich proklamierten sie einen ausgesprochenen Anti-Etatismus und also gerade einen Staatsabbau zugunsten der Kommodifizierung von Sozialbeziehungen und der vermeintlich heilenden Kräfte freier Märkte. Aber Kannankulam zeigt, dass der Staat in verschiedenen Lebensbereichen keineswegs gleichmäßig zurückgebaut wurde. Der Rückzug fokussierte sich besonders auf Bereiche der sozialen Fürsorge und der sozialpartnerschaftlichen Arrangements, in denen die Interessen von Arbeitnehmer*innen institutionell vertreten waren. Demgegenüber wurden Kontroll- und Repressionsapparate im Inneren und das Militär ausgebaut. Kannankulam verweist etwa auf den arbeitsmarktpolitischen Wandel von *welfare* zu *workfare*. Die Streichung staatlicher Leistungen für Arbeitslose wurde mit Disziplinierungsmaßnahmen verknüpft, die erhebliche Kosten sowie Überwachungs- und Verwaltungsaufwand verursachten, also keineswegs als bloßer »Rückzug« des Staates zu begreifen sind (vgl. Kannankulam 2008a: 155f.).

Der postfordistische Neoliberalismus brach demnach nicht einfach mit dem fordistischen autoritären Etatismus, sondern nutzte einiger seiner Kernelemente. Dazu gehören die Arbeit in und durch Expertengremien parallel zu den Parlamenten und die Stärkung von Exekutivorganen, aber auch Verschiebungen zwischen verschiedenen Staatsapparaten, etwa die Aufwertung der stark auf den Weltmarkt ausgerichteten Finanz- und Wirtschaftsministerien und Zentralbanken (vgl. Kannankulam 2008b: 330).

Elemente des autoritären Etatismus etablierten sich in diesem Zusammenhang auch in der internationalen politischen Ökonomie. Laut neogramscianischen Analysen etwa Stephen Gills bildeten die dem *Washington Consensus* verpflichteten Institutionen (vor allem der Internationale Währungsfonds, die Welthandelsorganisation und die G-8-Länder) ein global wirksames System eines »disziplinierenden Neoliberalismus« heraus, der mit einem »New Constitutionalism« rechtlich abgesichert wurde (vgl. Gill 2002: 48). Auch in den jüngeren politischen Kämpfen in der Europäischen Union anlässlich ihrer verschiedenen Krisen blieb der autoritäre Etatismus als »Politikmodus« erkennbar bedeutsam (vgl. Kannankulam 2016: 37ff.). Kann-

ankulams Beschreibung liefert so gewissermaßen eine historische Verortung der von Philip Manow beobachteten Auflösung demokratischer (National-)Staatlichkeit und der von Cas Mudde kritisierten undemokratisch-liberalen Verrechtlichung politischer Streitfragen.

Was hat nun Populismus mit dieser Verschiebung in den westlichen demokratischen Institutionen zu tun? Es war Stuart Halls Beitrag, den autoritär-populistischen Thatcherismus als eine neoliberale Offensive im Rahmen der spezifischen Hegemoniekrise im autoritär-etatistischen, fordistischen Großbritannien zu entschlüsseln. Dabei legte er wie oben gezeigt dar, dass die im autoritären Etatismus verringerte Bindung der subalternen Klassen an die traditionell herrschenden Parteien und Ideologien, vor allem an die Sozialdemokratie, die Grundlage für die politischen Gewinne des autoritären Populismus war. In ihrer Transformation in Volksparteien trieben auch die sozialdemokratischen Parteien selbst die Vorstellung mit voran, es sei ein »Ende der Ideologien« erreicht. Sie artikulierten immer weniger spezifische Interessen und Bedürfnisse subalternen Bevölkerungsgruppen, sondern mobilisierten plebiszitäre Zustimmung der Massen für die staatliche Politik.

Kurz: Der autoritäre Etatismus im Fordismus hat einige der »Demokratie-defizite« mit verursacht, die dann dem autoritären neoliberalen Populismus als Feindbilder und Mobilisierungshebel unter den subalternen Klassen dienten.⁵ Freilich behebt der Populismus die »Defizite« dabei nicht. Hall beobachtete vielmehr, dass der autoritäre Populismus genau dazu diene, eine neoliberale Fortsetzung dieser Transformation in Richtung autoritärerer Herrschaftsverhältnisse mit populärer Legitimation zu versehen. Er versuchte die Hegemonie des herrschenden Blocks herzustellen, indem er die manipulative Artikulation verbreiteter Unzufriedenheit und einige Elemente der gesellschaftlichen Meinung strategisch in den Thatcherismus integrierte.

Stellt man die neoliberale Fortsetzung autoritär-etatistischer Politik in den Nationalstaaten, in der EU und international in Rechnung, dürfte solcherart populistische Mobilisierung gegen als unwirksam und ungerecht empfundene demokratische Systeme auch weiterhin politisch rentabel bleiben. Eine Gruppe gramscianischer Sozialwissenschaftler*innen fasst ihre Analyse autoritär-populistischer Konjunkturen bis 2022 entsprechend so zusammen: »[...] liberal democracy in Europe is

5 Eine ähnliche These formulieren – in ganz anderem Vokabular – die deutschen Politikwissenschaftler Armin Schäfer und Michael Zürn (Schäfer/Zürn 2021). Sie schlagen vor, den Aufstieg autoritär-populistischer Parteien *politisch* zu erklären. Eine selektive Responsivität demokratischer Parlamente sowie die relative Entmachtung klassischer Mehrheitsinstitutionen zugunsten von nichtmajoritären Institutionen wie Zentralbanken, internationalen Organisationen und Verfassungsgerichten entfremden ihnen zu Folge Entscheidungsprozesse vom demokratischen Ideal und rufen in der nicht repräsentierten Bevölkerung eine »Entfremdung von der Demokratie« (ebd.: 121) hervor. So bereiten sie autoritär-populistischen Parteien den Boden.

not necessarily future-proof. Authoritarian attitudes, social inequality and non-responsive state apparatuses systematically create crises that offer opportunities for authoritarian challenges to democratic achievements« (Tiedemann et al. 2022: 52).

Populismus ist also keine einfache antagonistische Reaktion auf demokratische »Funktionsprobleme«. Sondern populistische Mobilisierung kann durchaus auch zur pseudodemokratischen Legitimation und politischen Durchsetzung von Demokratieabbau genutzt werden. Populismus ist daher nicht allgemein in seiner demokratischen Qualität »ambivalent«, sondern ein politisches und also für verschiedene Zwecke nutzbares Phänomen. Seine Wirkung auf demokratische Systeme hängt weniger von einem festen ideologischen Kern ab als davon, wie er konkret politisch eingesetzt wird. Der scheinbare »demokratische Extremismus« populistischer Ideologie verbürgt keineswegs eine Stärkung demokratischer Überzeugungen und der Berücksichtigung subalternen Meinungen und Interessen. Dass Mudde und Kaltwasser vom Populismus unumwunden als einer »democratizing force« oder gar als der »main opposition« gegen den undemokratischen Liberalismus sprechen, offenbart so erneut ein nicht anders denn als naiv zu bezeichnendes Verständnis politischer Ideologie. Es handelt sich wohl kaum um eine »Demokratisierung« öffentlicher Diskurse, wenn Elemente populärer Ideologie strategisch in ihn aufgenommen werden, um so Zustimmung für undemokratische und also gegen die Interessen der Massen gerichtete *policies* zu beschaffen. Zugleich wirken die oft antiliberalen *talking points* populistischer Parteien und ihre Polemiken gegen Institutionen nicht per se antidemokratisch, zumal wenn diese Institutionen selbst autoritär verfasst sind oder in autoritäre Richtung transformiert werden.

Dass Populismus das Verständnis von »Demokratie« erfolgreich zum Kampffeld machen kann, deutet allerdings auf eine Hegemoniekrise hin, in der die bislang vorherrschenden Ideologien nicht mehr ausreichend zu integrieren vermögen. In einer solchen Krise kann »Demokratie« sowohl im Sinne der politischen Beteiligung der breiten Bevölkerung, als auch im Sinne der breiten Legitimation politischer Herrschaft, ein wichtiger Streitpunkt werden. Eben deshalb kann populistische Ideologie als Instrument von verschiedenen Fraktionen mobilisiert werden, etwa um Zustimmung zu einem Projekt autoritärerer demokratischer Herrschaft zu organisieren oder eine Ausdehnung des demokratischen Lebens zu erreichen. Ob sie dabei jeweils demokratisierend oder autoritär wirkt, lässt sich nur in einer Analyse der konkreten Hegemonieverhältnisse und politischen Konflikte feststellen, nicht abstrakt anhand der populistischen Ideologeelemente.

5.2 Fazit

Wie fügen sich nun die Stärken und Schwächen der gegenwärtigen Populismustheorien in den theoretischen Raum, den der dreidimensionale kritische Ideologiebegriff eröffnet? Welche Forschungsdesiderate ergeben sich?

Ausgangspunkt und erste Dimension der kritischen Theorien ist es, dass politische Ideologien der Durchsetzung konkurrierender Interessen gesellschaftlicher Gruppen dienen. Die Cleavage-Theorien teilen das insofern, als sie den Erfolg populistischer Parteien mit veränderten gesellschaftlichen Interessenkonflikten erklären wollen. So liefern sie aufschlussreiche Beschreibungen politisch-ökonomischer und kultureller Konfliktlinien. Insbesondere die Politische Ökonomie kann die für Wähler*innen linker und rechter populistischer Parteien relevanten wirtschaftlichen Interessengegensätze dabei sowohl in globale Zusammenhänge der kapitalistischen Ökonomie einordnen als auch national differenzieren. Die Kulturforschung liefert parallel umfassendes empirisches Material der internationalen Wertepolarisierung in westlichen Gesellschaften, die sich ebenfalls im Gegensatz von linken und rechten populistischen Parteien ausdrückt. Auch die Radikaldemokratie denkt ausgehend von politischen Konflikten, nutzt allerdings ihre höherstufigen theoretischen Formulierungen nicht für konkrete Beschreibungen gegenwärtiger Konfliktlinien.

Ein großes Desiderat ist es, ökonomische und die Werte-Konflikte nicht als alternative Erklärungen gegeneinander zu positionieren, sondern als Elemente desselben historischen und gegenwärtigen politischen Zusammenhangs zu untersuchen. Schließlich sind erst durch die globale kapitalistische Arbeitsteilung die postindustriellen Gesellschaften möglich geworden, in denen bestimmte sozial liberale Werte und Lebensformen Bedeutung erlangen konnten. Zugleich bedeutet diese an Kapitalinteressen orientierte Globalisierung für große Gruppen der Lohnabhängigen eine ökonomische Entsicherung, die wiederum zur Empfänglichkeit für autoritäre Einstellungen und Ideologien beiträgt. Einen ersten Schritt in Richtung dieser Perspektive geht Dani Rodrik, indem er die politischen und ideologischen Wechselwirkungen zwischen ökonomischem Antagonismus und diskriminierenden Diskursen anerkennt. Populistische rechte Parteien weichen auf kulturalistische Themen aus, um zu verbergen, dass ihre ökonomischen Programme die Klasseninteressen der Anhänger*innen verletzen. Aber es müssen auch soziale Wechselbeziehungen in den Blick geraten. Kulturelle Privilegien sind in Form von Lohnhierarchien oder unterschiedlichem Zugang zu etwa Arbeit, Wohnungen und Gesundheitsversorgung auch ökonomisch bedeutsam. Stuart Halls Idee einer »conjunctural analysis« bietet Anregungen zur Analyse dieser historisch spezifischen Verknüpfungen verschiedener Herrschaftsverhältnisse und Interessenkonflikte.

Entscheidend für diesen Wechsel zu einer verknüpfenden, gesellschaftlichen Perspektive ist die Einsicht der kritischen Ideologietheorien, dass bestimmbare Interessengegensätze zwar die Grundlage, aber nicht notwendig auch die Inhalte

der ideologischen Konflikte sind. Insbesondere die Politische Ökonomie verfällt immer wieder dem Trugschluss, dass die populistische Anti-Establishment-Rhetorik einen tatsächlichen (ökonomischen) Konflikt dieser Parteien mit den gesellschaftlichen Eliten bezeuge. Um zu verstehen, wie vor allem rechte populistische Parteien dennoch durchaus Interessen der Mächtigen vertreten und warum sie sich dazu dieser antielitären Rhetorik bedienen können, braucht es den Blick für Kämpfe um politische Hegemonie. Ausgehend von den Interessenkonflikten muss untersucht werden, wie deren Erscheinungsform durch die politische Bearbeitung in einem hegemonialen Kräfteverhältnis bestimmt wird und welchen Interessen die Bearbeitung dient. In diese Richtung ist die geteilte Intuition Dani Rodriks und Ernesto Laclaus weiterzuentwickeln, dass die subjektive Erfahrung der eigenen und entgegenstehender Interessen immer schon mehr oder weniger stark durch politische Diskurse geformt ist. Sie ist nicht zu irgendeinem Zeitpunkt »authentisch« oder unmittelbar. Systematische, vergleichende Untersuchungen der sozialpolitischen Ideologieangebote oder der konkreten gesellschaftspolitischen Positionierungen populistischer Parteien könnten diese Differenz zwischen den ökonomischen oder kulturellen Einstellungen der Wähler*innen und ihrer parteipolitischen Verarbeitung sichtbar machen. Das aber setzt voraus, dass Erklärungen von Wahlentscheidungen als rein interessengeleitet überwunden werden. Rodriks Erweiterung des Interessenbegriffs kommt dabei Adornos Vorschlag bereits nahe, den Erfolg autoritärer Ideologie durch psychische Interessen zu erklären. Er könnte von Adornos Überlegungen noch lernen, welche gesellschaftlichen Ursprünge diese psychischen Interessen wiederum haben, und durch wie unterschiedliche, durchaus schwer zu entschlüsselnde Ideologien sie befriedigt werden können.

Dieses Auseinanderfallen von Interessen und politischer Ideologie hat auch die radikaldemokratische Populismustheorie im Blick. Sie hat, auch den kritischen Theorien, die Einsicht voraus, dass die Übersetzung konkreter Interessen in eine politische Ideologie in demokratischen Gesellschaften stets auf Elemente der demokratischen Versprechen Bezug nehmen kann: die Herrschaft des Volkes, Gerechtigkeit für die Underdogs, Selbstbestimmung des Demos, Freiheit von Unterdrückung etc. So können Interessengegensätze als Unterdrückungsverhältnisse skandalisiert werden. Allerdings übersieht die Radikaldemokratie in ihrer Feier dieses demokratischen Imaginären, dass es in den bürgerlichen Gesellschaften durch kapitalistische Produktionsverhältnisse eingezwängt bleibt und gegen sie immer wieder den Kürzeren zieht. Da die radikaldemokratische Theorie in ihrer postmarxistischen Phase über keinen Begriff von Kapitalismus mehr verfügt, erklärt sie das Politische umstandslos zur Anatomie des Sozialen selbst. Auch der *ideational approach* und die Cleavage-Theorien formulieren keine prinzipielle Kapitalismuskritik. Die kritische Autoritarismustheorie Stuart Halls bietet hier einen Ausweg an. Sie hält an einer marxistischen Kapitalismuskritik und ihrem Fokus auf Klassen(-fraktionen) fest, ohne zu beanspruchen, daraus politische Konflikte

vorhersehen zu können. Ob diese starke Engführung von Herrschafts- auf Klassenverhältnisse für die Analyse von populistischen Parteien in Hegemoniekämpfen produktiv oder hinderlich ist, muss sich forschungspraktisch zeigen.

Verdienstvoll ist auch die radikaldemokratische Insistenz vor allem Chantal Mouffes darauf, dass keineswegs nur populistische Parteien und Bewegungen versuchen, ihre Interessen ideologisch zu legitimieren, sondern vielmehr nach wie vor die nicht-populistische Aufrechterhaltung des Status quo durch Mainstream-Parteien dominiert. Es braucht jedoch empirisch gesättigtere und differenziertere Hegemonieanalysen, um den radikaldemokratischen Fehlschluss zu vermeiden, der Populismus biete wegen seiner ideologischen Gegnerschaft zu den Mainstream-Parteien auch eine radikale Kritik dieses Status quo.

Zur ersten Dimension des kritischen Ideologiebegriffs gehört es auch, die Ressourcen und Möglichkeiten der konkurrierenden gesellschaftlichen Gruppen mit einzubeziehen, die ihre Interessen gegeneinander politisch durchzusetzen versuchen. Dazu gehört insbesondere, dass die gesellschaftlich herrschenden Gruppen es ungleich leichter haben, Ideologie zu produzieren und zu verbreiten. Die gegenwärtigen Populismustheorien widmen dieser strategischen Dimension der Politik im Allgemeinen noch kaum Aufmerksamkeit. Lediglich Philip Manows Thesen zu einer Entmediatisierung politischer Kommunikation versuchen, die heutige, veränderte Gestalt herrschaftsförmiger öffentlicher Kommunikation zu fassen. Die radikaldemokratischen Autor*innen nehmen mit ihrem starken Begriff der modernen Demokratie als distinkter Gesellschaftsform die Demokratie letztlich für die ganze Gesellschaft und sehen, wie auch die Vertreter des *ideational approach*, zugunsten eines abstrakten Pluralismus sozialer Interessen von einer Analyse der gesellschaftlichen Machtverhältnisse ab. Parteipolitik denken die gegenwärtigen Theorien, wenn sie sich überhaupt damit befassen, vor allem als die unterschiedlich erfolgreiche Mobilisierung sozialstrukturell gegebener Wähler*innenpotenziale. Cas Muddes Kritik, in der Wahlforschung würde oft die potenzielle Wähler*innenschaft einer Partei als ihr tatsächliches Elektorat unterstellt, ist hier einschlägig. Lediglich Hanspeter Kriesi und Simon Bornschier stellen konkrete Überlegungen zu den Handlungsmöglichkeiten und -zwängen für Parteien in sich wandelnden Cleavage-Strukturen und Parteiensystemen an (siehe Abschnitt 3.2.1). Der *ideational approach* berücksichtigt zwar die institutionellen Arrangements demokratischer Gesellschaften als bedeutsam für die Mobilisierung und Durchsetzung bestimmter Ideologien, betrachtet die Institutionen aber als unhistorisch und stabil. Von den gramscianischen Analysen könnte er sich den Blick für den Wandel und die inneren Konflikte der Institutionen aneignen, in denen die populistische Mobilisierung erfolgt. Den kritischen Theorien fehlt umgekehrt allerdings beinahe jegliche Wahrnehmung der Dynamiken von Parteiensystemen. Die Analysen Hanspeter Kriesis und Simon Bornschiers können hier ein Ausgangspunkt sein, wenn ein reflektiertes, umfassenderes Verständnis von Politik zugrunde gelegt wird. Politische Repräsentation ist kein

völlig abgegrenzter Bereich, sondern ein Aspekt von gesellschaftlichen Konflikten. Politische Identitäten und soziale Interessen sind herrschaftsförmig miteinander vermittelt. Die Produktion und Rezeption populistischer Ideologie sind Praktiken innerhalb antagonistischer, herrschaftsförmiger Verhältnisse. Diese Machtverhältnisse müssen die Populismustheorien mit in Rechnung stellen. Die Politische Ökonomie muss also für ihre Analyse ökonomischer Interessenkonflikte stärker auf die Entwicklung auch der politischen Ideologien zurückgreifen, der *ideational approach* hingegen muss zum Verständnis der Veränderungen politischer Ideologien auch die jüngere Geschichte der politischen Ökonomie einbeziehen. Weder bloße Parteipolitik noch bloß veränderte Interessen können den Erfolg populistischer Parteien erklären. Die Cleavage-Theorien insgesamt müssen ihren Begriff des Politischen von einem institutionellen Regelwerk für den Machterwerb und -gebrauch hin zur Analyse von jeweils bestehenden Hegemonieverhältnissen und -kämpfen entwickeln.

Die zweite Dimension des kritischen Begriffs autoritärer Ideologie sind die Voraussetzungen unter den Empfänger*innen politischer Ideologie: die subjektive Bedürftigkeit der Bürger*innen und ihre (massenhaften) ideologischen Neigungen. Die funktionale Perspektive auf politische Ideologien als Mittel zum Machterwerb und -erhalt verändert damit auch die Analyse ihrer Inhalte. So kann der *ideational approach* Cas Muddes, Cristóbal Rovira Kaltwassers und Jan-Werner Müllers die Elemente populistischer und autoritärer Ideologien durchaus überzeugend phänomenologisch beschreiben und liefert treffende Analysen etwa der Wandelbarkeit der populistischen Verwendung des Wortes »Volk«. Populistische Ideologie als dünn, nur aus wenigen Elementen bestehend zu charakterisieren, ist zweifellos produktiv. Aber diese Elemente müssten weiterhin als Instrumente aufgeschlüsselt werden, die darauf aus sind, die Einstellungen und Erfahrungen der Beherrschten auf bestimmte Interessen hin politisch zu formen. Modelle dafür, wie dieses Formen funktioniert, kann der *ideational approach* von Laclau und Mouffe oder Stuart Hall übernehmen. Er behält zwar recht damit, dass ökonomische Interessengegensätze in der Ideologie populistischer radikal rechter Parteien oft nur abgeleitet thematisiert werden und dies den nativistischen, autoritären oder populistischen Kernideologien dient. Aber er muss erkennen, dass diese Nachrangigkeit es dennoch ermöglicht, bestimmte, nicht von den Kernideologien abgeleitete wirtschaftspolitische Positionen mit autoritären Ideologieelementen zu artikulieren und so mit Zustimmung zu versehen. Solche Operationen kann nur ein diskurstheoretisches Instrumentarium aufschlüsseln, nicht aber ein rein beschreibender Zugang. Auch müsste der *ideational approach* die funktionale Spezifik der autoritären Ideologie berücksichtigen und die Neigung der »dünnen« populistischen Ideologie zu autoritären Verkürzungen. Muddes Definition der populistischen Ideologie ist insgesamt erstens noch nicht dünn genug, wie die Anwendungsprobleme auf linken Populismus zeigen. Zweitens ist sie theoretisch zu dünn, da sie Ideologie nicht als eine politische Praxis auffasst. Dessen unbenommen bleibt Muddes Einsicht gegen die

Cleavage-Theorien richtig, dass die populistische Ideologie durchaus eine relevante Neuerung im Feld der rechten Parteien bedeutet. Denn grade politisch-strategisch eröffnet sie neue Möglichkeiten.

Die dritte Dimension des kritischen Begriffs autoritärer Ideologie schließlich ist das (u. a. national spezifische) ideologische Terrain, auf dem sich die Kämpfe um diskursive und politische Hegemonie vollziehen. Sie lenkt den Blick auf jenseits der subjektiven, individuell verschiedenen Neigungen liegende ideologische Traditionen und Elemente, die jedes politische Hegemonieprojekt berücksichtigen muss.

Mit ihren quantitativen Analysen von *large n*-Datensätzen zu Einstellungsmustern unter den Bevölkerungen westlicher Demokratien liefern sowohl die Politische Ökonomie als auch die politische Kulturforschung reichhaltige Untersuchungen der subjektiven Empfänglichkeit für verschiedene Ideologien. Diese Daten müssen sie allerdings mit Blick auf Hegemoniekämpfe stärker nach gesellschaftlichen Gruppen und Klassen strukturiert untersuchen. Zudem entgehen dieser methodischen Aufteilung des politischen Denkens in Einstellungen die tiefer liegenden Denkmuster und ideologischen Schemata, wie sie Adorno und Löwenthal für die USA der 1940er-Jahre herausgearbeitet haben. Auch müssen sie die oben schon angesprochene Einsicht Dani Rodriks aufnehmen, dass Einstellungen selbst politisch geformt sind. Für Einstellungen zur politischen Ökonomie hat Rodrik selbst Vorschläge unterbreitet, wie diese Formung vorgestellt werden kann. Aber auch für die kulturellen Werte und ihre Polarisierung muss untersucht werden, wie konkrete politische und ideologische Konflikte, Traditionen und Elemente im Zusammenspiel mit Veränderungen der gesellschaftlichen Verhältnisse den autoritären und den libertären Pol in den Einstellungen der Bevölkerung herausgebildet haben. Die gramscianischen Theorien liefern Hinweise darauf, dass der Wertewandel als Teil der größeren gesellschaftlichen Entwicklung vom Fordismus zum Postfordismus zu begreifen ist. Die konkrete Gestalt der autoritären und libertären Werte ist demnach eng verknüpft mit dem Niedergang der sozialistischen Bewegung und den Erfolgen der Neuen Sozialen Bewegungen.

Mit Blick auf die spezifische Empfänglichkeit für autoritäre Ideologie bleibt die Annahme des *ideational approach* wegweisend, dass dieses Potenzial Teil einer »pathologischen Normalität« ist, also mit Elementen des politischen Denkens des Mainstreams in Verbindung steht. Aber der *ideational approach* muss sich entgegen seiner Abkehr von der Untersuchung der Nachfrageseite der Frage stellen, welche gesellschaftlichen Verhältnisse diese Normalität allererst pathologisch werden lassen. Die sozialpsychologischen Thesen, mit denen sich nicht nur er, sondern auch die Cleavage-Theorien den Erfolg autoritärer Ideologie zu erklären versuchen, sind gänzlich unterentwickelt und geben keine überzeugenden Antworten. Sie betrachten die Psyche als völlig getrennt von Politik und Gesellschaft, nach unveränderlichen Regeln funktionierend. Die Kritische Theorie vor allem Adornos bietet avancierte Formulierungen, die dieses Vorurteil revidieren. Die hier als »psychische

Interessen« bezeichneten Dispositionen sind nicht frei von gesellschaftlichen Einflüssen, wenngleich sie auch nicht in einer bloßen Prägung von außen aufgehen. Die Radikaldemokratie Laclaus teilt zwar mit Adorno den Anschluss an die Massenpsychologie Sigmund Freuds, sie nutzt diese aber allein, um zu begründen, dass auch nicht-autoritäre Gruppenbildungen möglich sind. Auch Chantal Mouffe hat trotz psychoanalytischer Bezüge keinen Blick für den funktionalen Irrationalismus autoritärer Ideologie. Beide setzen voraus, dass zwischen dem stets vorhandenen rationalen Kern und seiner autoritären Überformung sauber unterschieden werden kann und unterschätzen damit die Wirkmächtigkeit autoritärer politischer Identifikationen. Hierzu sind Adornos Analysen verbreiteter faschistischer Denkmuster einschlägig und sollten aktualisiert werden.

Die Innovation der politischen Kulturforschung, Werte-Cleavages in den Mittelpunkt zu rücken, ist dahin gehend ambivalent. Einerseits nimmt die Vorstellung einer eigenständigen gesellschaftlichen Spaltung entlang von Wertvorstellungen ernst, welche Kraft auch international auftretende und sich wandelnde ideologische Gegensätze für die Bildung politischer Subjektivität besitzen. Andererseits ist der quasi naturwüchsige Zusammenhang von postmateriellen Werten und der post-industriellen kapitalistischen Ökonomie, den Inglehart und Kriesi unterstellen, nicht überzeugend. Statt zu behaupten, dass liberale Werte unmittelbar aus dem post-industriellen Wohlstand bestimmter Weltregionen oder bestimmten Organisationsprinzipien der Dienstleistungsökonomie hervorgehen, müsste auch hier Ideologie als etwas untersucht werden, das jeweils national, nach Klassen etc. spezifisch hergestellt und aufrechterhalten wird. Dahin gehend erscheint das Programm Simon Bornschiers zukunftsweisend, das politische Handeln von Parteien als entscheidende Verbindung von sozialstrukturellen Potenzialen und manifesten politischen Konfliktlinien stärker in den Blick zu nehmen (siehe Abschnitt 3.2.1).

Der dreidimensionale, kritische Ideologiebegriff könnte also helfen, einen Entwicklungsrahmen abzustecken, innerhalb dessen sich die unterschiedlichen und divergierenden, schon vorhandenen Einsichten der Populismusforschung besser aufeinander beziehen und weiterentwickeln ließen.